

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis monatlich 1.80 Mark einschließlich Fringerlohn, bei Selbstabholung 1.60 Mark. Geschiedt wöchentlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktionen und Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlags-Verantwortlicher: Leopold, Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortlich für Politik und Wirtschaft: Kurt Wolkenhauer, für den lokalen Teil: Wilhelm Kindermann, für Redakteur und Lektorat: Karl Trefft, sämtlich in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtspaltige Solokolonne oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Restkolonne 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Abgabende ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigen-Aufnahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313). Telefonnummern: Halberstadt 4626 und Volksbuchhandlung (Zeitungsbüro) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 53

Donnerstag, den 3. März 1932

7. Jahrgang

Nieder mit Hitler!

Gewerkschaften, Beamte und Sportler rufen zum Kampf!

Aufruf der Gewerkschaften.

Der Vorstand des Allgemeinen Gewerkschafts-Bundes erläßt zur Reichspräsidentenwahl folgenden Aufruf an die Gewerkschaftsmitglieder:

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands:

Bei der Wahl des Reichspräsidenten geht es um eure und eurer Kinder Zukunft, um sein oder ihrsein des demokratischen Deutschlands und um die deutsche Republik und ihre Verfassung.

Eure gefahrenen Feinde sind die in der „nationalen Opposition“ zu einem Hauptbündnis vereinigten Parteien. So bitter sie sich untereinander bekämpfen, sie haben ein gemeinsames Ziel: Ihre unbefruchtete Vorberührung auf eure Stiefkinder zu gründen. Daß euch durch ihre Kampfschrei gegen Hindenburg und Brüning nicht täuschen.

Ihr Kampfen gegen das heutige System“ richtet sich gegen die deutsche Arbeiterschaft, ist ein Krampf wider den Sozialismus, gilt der Vernichtung der Gewerkschaften.

Eure Feinde können nur triumphieren, durch eure Zwitterkraft. Sie müssen zu Boden werden an euren einmütigen Willen der fortschrittlichen Bewegung auf deutschem Boden halt zu geben. Die geschichtliche Stunde ruft euch auf zu einheitlicher Abwehr.

Wollt ihr,

daß die Not, die diese beispiellose Krise auf euch häuft, auch noch zu eurer politischen Enttötung ausgenutzt wird? Wollt ihr wieder wie einst der Billiger eurer Unternehmer ausgeliefert sein? Wollt ihr, daß an Stelle der Gewerkschaften die heute Träger eures Willens sind, willenlose Befehlsempfänger eines falschlüssigen Staates treten? Wollt ihr zulassen, daß alle gesetzlichen Sicherungen fallen, die euch in besseren Zeiten den Weg zur Wiedererobertung eurer Rechte gewährt haben?

Ihr wollt das nicht, ihr könnt das nicht wollen.

Die Beförderung der Kriegshelme von gestern und heute, dem Ansturm der Feinde eurer Freiheit müßt ihr am 13. März die entscheidende Niederlage bereiten. Ihr müßt den Massenwahn des Faschismus die Kraft eurer unüberwindlichen politischen Willens entgegenstellen. Auch die kommunistischen Mitglieder der Gewerkschaften dürfen nicht durch Unterstützung einer ausfuchtslosen Sonderkandidatur Hitler oder Jünger in den Sattel helfen.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, wir rufen euch auf, dem fertigeren Reichspräsidenten

Hindenburg eure Stimme zu geben.

Beamte für Hindenburg.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes erläßt zur Reichspräsidentenwahl folgenden Aufruf:

Beamte! Am 13. März wählt das deutsche Volk seinen Reichspräsidenten. Es geht darum nicht nur um die Frage, wer in den nächsten Jahren das höchste Amt der Republik bekleiden soll; es geht um mehr. Am ganzen Reiche rufen die Anhänger der falschlüssigen Diktatur seit Monaten zum entscheidenden Schläge gegen Volkstrente und Demokratie. Sie wollen die Grundrechte der republikanischen Verfassung im Reich und in den Ländern zertümmern, um ihre unumschränkte Herrschaft über Beamte, Angestellte und Arbeiter ausüben zu können. Die Führer dieser Bewegung erklären:

„Das Vorbild unseres Staates ist die prächtige Fortschrittler-Arme; es darf nur noch Gehorsam und Befehlende geben.“

„Mit der Tarnspalte werden wir umgehen und dem Präsidium bis zur Scheitertau alles herauszujagen, was gegen uns ist.“

Die Kandidaten.

Der amtliche Stimmzettel für die Reichspräsidentenwahl wird im Laufe des heutigen Tages ebenfalls fertiggestellt. Nach dem gestern Abend getroffenen Dispositionen wird er die Kandidaten der alphabetischen Reihenfolge nach mit folgenden Angaben bringen:

1. Theodor Dittberber, Oberförstmann a. D., Halle a. S.
2. Paul von Hindenburg, Reichspräsident, Generalfeldmarschall, Berlin.
3. Adolf Hitler, Regierungsrat, Berlin oder — was noch nicht endgültig entschieden ist — Regierungsrat bei der braunschweigischen Gesellschaft in Berlin.
4. Ernst Thälmann, Transportarbeiter, Jomburg.
5. Adolf Gustav Bünier, Betriebsammler, Groß-Gera bei Raumburg.

Beamte! Wollt ihr auf Gnade und Ungnade den falschlüssigen Gewerkschaften und ihren Terrorbanden ausgeliefert sein? Wollt ihr eurer durch Krieg, Inflation und Wirtschaftskrise erschütterten Erbsinn den letzten Haubt rauben lassen? Wollt ihr die Wahrung eurer durch die republikanische Reichsverfassung anerkannten Grundrechte in die Hände jener legen, die noch vor kurzem in Harzburg die Einheitsfront mit den Vertretern des monopolistischen Großkapitals errichteten?

Wenn ihr das alles nicht wollt, dann rüdet euch und sorgt dafür, daß am 13. März Hitler als Kandidat der Nationalsozialisten keine Stimme aus den Reihen der Beamtenschaft erhält.

Beamte! Der 13. März entscheidet auch über euer Schicksal. Wer in der Stunde höchster Not und Gefahr als Beamter der Republik verliert, wer Hitler, Thälmann, Dittberber oder einem anderen Kandidaten als Hindenburg keine Stimme gibt, der häuft die Front aller faulselblichen Elemente und treibt damit Elend und Verfall in das Chaos.

Beamte! Stellt euch geschlossen auf die Seite der aufbauorientierten Volkskräfte. Es geht um euch und eure Familie.

Entscheidet euch für Hindenburg

und verheißt der Republik und dem deutschen Volk zum Siege.

Arbeiterportier, schlägt Hitler!

Am 13. März wird das deutsche Volk dem Faschismus eine vernichtende Niederlage bereiten. Der eile Demagogie Hitler treibt seine Hand nach dem höchsten Amt der deutschen Republik aus. Die falschlüssigen und böswärtigen Feinde der Demokratie und des Sozialismus wollen die Not des Volkes benutzen, um es seiner Grundrechte zu berauben.

Das muß verhielt werden!

Am 13. März darf keine Stimme abgegeben werden, die dem Faschismus direkt oder indirekt zugute kommt. An Erkenntnis dieser elementaren Notwendigkeit hat die Sozialdemokratische Partei darauf verzichtet, einen eigenen Kandidaten aufzustellen und ihren Anhängern empfohlen, schon im ersten Wahlgange für den jetzigen Reichspräsidenten von Hindenburg

zu stimmen. Die freien Gewerkschaften, das Reichsbanner Schwarzrotgold und all die mit uns in der Einheitsfront stehen, haben das Gleiche getan. Auch wir fordern euch auf, am 13. März für Hindenburg zu stimmen, da nur dadurch die Wahl des falschlüssigen Beamten. Diese Abstimung bedeutet kein Bekenntnis zur Politik und zur Person des jetzigen Reichspräsidenten, sie ist ein Akt der politischen Vernunft. Erleichtert wird uns die Wahl des Herrn von Hindenburg dadurch, daß er seinen Eid auf die Verfassung treu gehalten hat. Wer aber bisher noch schwankte, ob er seine Stimme Hindenburg geben könne, der höre, wie der Faschismus diesen Warn, den er einst als Retter gepriesen hat, heute mit Schmutz bewirft. Das allein wird ihm zeigen, was er zu tun hat.

Am 13. März muß der falschlüssigen Hitler, so entscheidend geschlagen werden, daß keine Bewegung zerbricht!

Darum alle an die Waghurne, keiner darf fehlen! Rüttelt die Unentschlossenen und Zweifelhenden auf, reißt sie mit fort, begreift die Jugend und helft den Alten, damit keine Stimme verloren geht.

Am 13. März wollen wir mit unseren Sturmjahren durch die Straßen marschieren und um die letzte Arbeiterstimme werben!

Nieder mit dem Faschismus! Hoß die Arbeiterportierbewegung! Zentralkommission für Arbeiterport und Körperpflege. Geschäftsführender Ausschuß.

Hinter diesen Namen wird ein freier Raum auf dem Stimmzettel offengelassen werden, in dem die Wähler, falls ihnen keiner der aufgestellten Kandidaten genehm ist, eigene Kandidaten eintragen können. Dieses Recht der selbständigen Kandidatenauslese ist auch bei der vorigen Präsidentenwahl beachtet worden. Es führt aber natürlich nur dazu, Stimmen zu zerplittern. Bei dem zweiten Wahlgang im Jahre 1925 hatten deshalb nur etwa 13 000 Wähler unter dem mehr als 30 Millionen von diesem Recht Gebrauch gemacht.

Das Reichskabinett im Wahlkampf.

In dem Wahlkampf werden im Laufe der nächsten Woche außer dem Reichsfinanzminister und dem Reichsminister für den Reichsminister, Schlangenschönungen und Treuwort eingreifen, die die Absicht haben, in einer Reihe von Kundgebungen in Berlin und im Lande für die Kandidatur Hindenburgs zu sprechen.

Der Obertarif.

Sein Sinn und seine Gefahren.

Am demselben Tag, an dem England seinen zehnprozentigen Zollsatz einführt und den Freihandel aufgibt, hat die deutsche Regierung die Einführung des sogenannten Obertarifs angekündigt. Es handelt sich, wie schon mitgeteilt, um einen Maximaltarif, der der Regierung die Möglichkeit gibt, die Einfuhrzölle für Waren aus solchen Ländern zu erhöhen, mit denen Deutschland keinen Handelsvertrag unterzeichnet hat oder die deutschen Einfuhrwaren ungünstiger behandelt als die Waren eines anderen Landes. Zunächst liegt nur die Festlegung vor. Wie der deutsche Obertarif erbaulich ausfallen und wie man ihn anwenden wird, seine Auswirkungen auf unseren Warenexport und unter ganzes Wirtschaftsgeschehen, das hängt von den politischen Machtverhältnissen ab, von der politischen und wirtschaftlichen Einschätzung, mit der die immer schwieriger werdenden handelspolitischen Fragen bei uns behandelt werden.

Die Entwidlung der Dinge in Deutschland ist gewissermaßen zwangsläufig. Mit einer Ausnahme, die im Jahre 1931 nennenswert noch über der Nulllinie des Konjunkturfalles 1929 lag, und mit einem Ausfuhrüberschuß, der sich im verflochtenen Jahre auf fast 3 Milliarden Mark stellte, hatte Deutschland keinerlei Verantwortung, an der handelspolitischen Situation in der Welt etwas zu ändern. Es mußte darauf bedacht sein, alles zu vermeiden, wodurch die Abwehrspannung der Nachkriegsjahre neue Nahrung erhielt. Es mußte darauf bedacht sein, eine weitere Zerreißung der Wirtschaftszusammenhänge zu verhindern. Das ist angelehnt der Art und Weise, wie die deutschen Interessen, besonders die Agrarier, immer wieder neue Ziele von der Regierung forderten, nicht leicht gewendet. Am großen und ganzen hat die deutsche Handelspolitik in den Jahren nach dem Krieg wertvolle Aufbaurbeit leisten können. Es gelang ihr auch, wesentliche Erleichterungen zu vermeiden. Die Gefahren für den deutschen Außenhandel, mit denen wir jetzt zu tun haben, stellen sich denn auch erst unter Einfluß der Weltwirtschaftskrise ein und zwar kommen sie in erster Linie von außen.

England hat mit dem Freihandel getrotzt. Dem Weltlich ab wird die Einfuhr nach England durch den Generalzoll in Höhe von 10 Prozent allgemein erhöht, nachdem auf einzelnen Gebieten prohibitive Zölle, d. h. Abwehrzölle bereits vorangegangen sind. Die Entwertung des Pfundes und anderer Devisen hat in wichtigen Ländern an sich zu einer allgemeinen Zollerböschung geführt. Italien griff zu einem allgemeinen Zollzuschlag in Höhe von 15 Prozent, andere Länder wiederum, unter ihnen auch Deutschland, erhöhen für einzelne Waren sogenannte Valutazuschläge. Dazu kommen Einfuhrverbote und Einfuhrkontingentierungen. So hat Polen für einen großen Teil von Industriewaren Einfuhrverbote erlassen. Die Randstaaten und Legaren versuchen ebenfalls mit Einfuhrverboten, die Warenzufuhr einzufrieren, um damit den Devisenabfluß zu verhindern. Derselbe Will denjenigen Weg gehen. Länder mit Währungs, die sich in Dröbung befinden, bekräftigen und systematisieren den Warenimport. Frankreich freist für längere eine Kontingentierung der Einfuhr an und hat bereits für eine große Anzahl von Industriewaren die Kontingentierung durchgeführt. Die Schweiz und Holland sind zur Festlegung von Einfuhrkontingenten und Quoten für die einzelnen Länder übergegangen; die Schweiz in der Art, daß vor allem die deutsche Warenzufuhr getroffen wird. Dazu kommt die Devisenknappheitspolitik, die in der Mehrzahl der europäischen Länder und in zahlreichen überseeischen Ländern zur Hinterbindung kam. Einschränkung der Einfuhr beruht weit. Was in den Jahren nach dem Krieg aufgebaut wurde, die Reorganisation des Welthandels, ist der Vernichtung und Zerstörung preisgegeben. Man hat den Eindruck, die handelspolitische Vernunft ist zum Teil verloren gegangen, und man fürcht sich in die erste Periode der Nachkriegszeit, wo sich jedes Land nicht nur mit Bajonetten und Kanonen, sondern auch mit Pfaffen und Verboten von anderen Ländern absperrte.

Die Reichsregierung hat geschaut, in dieser demorenen handelspolitischen Situation, ohne außerordentliche Abwehrmaßnahmen nicht auskommen zu können. Es sind zunächst aufgrund der alten Zollverordnungen einzelne Zollerböschungen für Holz, Holzwaren und vor allem für Butter, vorgenommen worden. Die Regierung hat sich ferner die Ermächtigung zur Erhebung von Valutausgleichszuschlägen geben lassen und von dieser Ermächtigung beim Butterzoll Gebrauch gemacht. Nun hat sie die Einführung eines allgemeinen Obertarifs beschlossen. Im Zukunft wird also das deutsche Zollsystem neben dem autonomen Zollsystem (d. h. den Zollsystem, die in Verträgen mit anderen Ländern nicht untergeordnet werden dürfen) und den niedrigeren Verträglichkeiten noch einen wesentlich höheren prohibitorischen Maximaltarif besitzen, der als Kampfmittelmaßnahme gebildet ist. Grundätzlich ist dazu zu sagen, daß die Schöpfung eines prohibitorischen Obertarifs immer ein gefährliches handelspolitisches Instrument darstellt, das nur zu leicht zu handelspolitischen Komplikationen führen kann. Die Erfahrung hat auch gezeigt, das Länder mit Doppelzollsystem immer an einem sehr hohen Zollniveau festhalten. Schon deshalb ist zu fordern, daß der jetzige autonome deutsche Zolltarif niemals zur Minimalbasis werden darf. Sicherlich, in normalen Zeiten würde man die Schöpfung eines prohibitorischen Komplextarifs niemals billigen können. Wenn wir zugeben, daß die handelspolitische Situation in der gegenwärtigen Situation auf gewisse Abwehrmaßnahmen nicht verzichten kann, so ist es für uns aber selbstverständlich, daß diese Weisse, die sich die Regierung mit dem Obertarif schafft, unter keinen Umständen mißbraucht werden darf. Es wird also davon abhängen, daß die Reichsregierung unter

stärkster Zurückhaltung von dem neuen handelspolitischen Instrument nur in den alleräußersten Fällen Gebrauch macht. Wenn die Regierung z. B. neue Zollerhöhungen — autonome Zölle oder Ausfuhrbeschränkungen — vornimmt und wenn sich dann die unliebsamen Folgen in einer Berringerung der deutschen Ausfuhr als Nebenwirkungen einstellen, dann hat die deutsche Regierung selbstverständlich nicht das Recht, hier den Kompass der Empfinden. Sie kann ihn nur dann einziehen, wenn wirklich einseitige Diskriminierung (d. h. Benachteiligung der deutschen Waren zugunsten der Waren anderer Länder) vorliegt und diese trotz Verhandlungen nicht abgestellt werden kann. Vor allem darf der Magistraltarif nicht zu der Aufhebung führen, man habe es jetzt nicht mehr nötig, den Verhandlungsgang bis zum letzten Ende zu gehen. Es ist auch besser, mit Bändern, zu denen wir kein Handelsvertragsverhältnis haben, zu verhandeln und zu einem Handelsvertrag zu kommen, anstatt mit ihnen nur die Waffe des Overtarifs anzuwenden. Der Overtarif kann nur den Sinn haben, die Gegenleistung zum Einsetzen zu bewegen. Nur unter diesen Umständen können wir uns mit dem neuen Maßnahme abfinden. Nichts wäre aber falscher, in einer Art Benachteiligung in die Isolierung hineinzuführen und die deutsche Wirtschaft auf der Weltwirtschaft herauszufallen zu lassen. Besser ist es nicht, daß wir immer noch festzu machen, was wir fertig machen wollen, sondern wir müssen uns auf die Verhandlung einlassen, wenn wir ausführen als einflußreich und doch unter Aufsicht haben, falls allen Bändern doch offen ist. Wir dürfen den Magistraltarif benutzen, um eine aggressive z. B. eine Kompensations zu betreiben, dann werden wir wohl die Kriegspolizei zu ziehen haben.

Es geht um Alles!

Auf einer Vertretertagung der Berliner Zentrumspartei hat der Parteiführer Kaas, der in der vorigen Woche in der Reichstagsdebatte nicht das Wort ergreifen hatte, in einer großen Rede über die Bedeutung und die Tragweite des 13. März gesprochen. Er erklärte: Es geht um Alles. Es geht um alles das, was wir in mühseliger Arbeit in den letzten 12 Jahren nach einem namenhaften Zusammenbruch geschaffen haben. Der Weg der letzten zwölf Jahre ist ein Kreuzweg, aber kein Armeegewand. Es ist Zeit, daß der Volksstaat sich aufrecht und von seiner Macht Gebrauch macht. Es ist Zeit, daß alle verantwortlichen Stellen nicht nur dann eingreifen, wenn die Flammen schon aus dem Dach schlagen, sondern daß sie den kleinen und großen Brandstiftern schon dann auf die Finger schlagen, wenn sie das Brandmaterial zusammentragen. Die Staatsgewalt muß, wenn sie überhaupt Staatsgewalt sein will, vor allem gegen jene vorgehen, die den Knüttel, Schlagring und Revolver-Stummel in die politischen Auseinandersetzungen hineingetragen haben, aber nicht gegen jene, die sich bisher ehrlich und nachdeutlich auf der Linie des rein geistigen Kampfes gehalten haben.

Bierstreik zusammengebrochen.

Der Berliner Bierboycott ist im Laufe des Mittwochabends zusammengebrochen. Zahlreiche Gaststätten haben im Hinblick auf die angebotenen Vermittlungsvorschläge und auf die Stimmung des Publikums den Boykott aufgegeben. Bald danach, gegen 23 Uhr, hat die Sozialkommission der Sozialistische Vereinigung Berlins nach mehrstündiger Verhandlung den Abbruch des Bierstreiks beschlossen. An den meisten der in der Sozialkommission vertretenen Einzelorganisationen war noch am Nachmittag die Weiterführung des Streiks beschlossen worden. Das Mittelstandsamt will in Verbindung mit der Industrie- und Handelskammer mit dem Preisminister über eine Senkung der Bierpreise verhandeln. Man rechnet damit, daß dadurch der in Aussicht genommene Bierstreik der kleineren und mittleren Gaststätten verhindert wird.

Das Bärenfell.

Warum die Herzburger auseinandergefallen sind. Neben die Fernverhältnisse der Herzburger Front trat die politische Referent des Handelsverbandes Braunschweig des Stahlhelms, Kreppe, bemerkenswerte Mitteilungen, und zwar, wie er erklärte, mit ausdrücklicher Billigung der Berliner Zeitung der Deutschnationalen Volkspartei. Von den Nationalsozialisten seien nach einem Sieg bei der Reichspräsidentenwahl die Rollen des Reichsstaats, des Außenministers, des Wehrministers und des Innenministers verstanden worden. Hugenberger und dem Stahlhelm habe man nur die Verantwortung für die Finanzen überfallen wollen. Hugenberger habe erklärt, daß er „erst später“ Aufschlüsse über den Fortbestand des Stahlhelms machen könne. Diese überhebliche Haltung habe zum Bruch geführt.

Italien und Deutschland.

Erweiterung des bestehenden Handelsvertrages. Am 14. wird mitgeteilt: „Die zwischen der deutschen und der italienischen Delegation geführten Besprechungen über einige Änderungen des bestehenden deutsch-italienischen Handels- und Schiffahrtsvertrages vom 31. Oktober 1925 haben zum Abschluß eines Zusatzabkommens über eine Reihe konkreter Fragen geführt, das in den nächsten Tagen unterzeichnet wird. Außerdem haben die beiden Delegationen während der Verhandlungen die Handelsabseignungen ihrer Länder einer umfassenden Nachprüfung unterzogen. Sie sind dabei zu der Überzeugung gekommen, daß erfolgversprechende Möglichkeiten für eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Italien bestehen. Demgemäß haben die beiden Regierungen sich entschlossen, zunächst binnen kürzester Frist Besprechungen zwischen deutschen und italienischen Produzenten herbeizuführen, um damit die tatsächlichen Grundlagen für Vereinbarungen zwischen den gleichartigen Wirtschaftszweigen beider Länder zu schaffen. Die beiden Regierungen sind darüber einig, daß die Ergebnisse dieser Besprechungen einen nützlichen Ausgangspunkt für künftige Verhandlungen zwischen den beiden Ländern bilden werden.“

Das vereinbarte Zusatzabkommen sieht vor, daß der Vertreter nicht vor dem 1. Januar mit halbjähriger Frist verlängert werden kann. Nur, wenn einer der beiden Teile Zollerhöhungen vornimmt, kann sofortige Kündigung eintreten.

Ein Verleumder Hörings.

Die nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation „Arbeitertum“ in München brachte im November vorigen Jahres einen Artikel, das heißt des Parlamentes. — Ausschmitt aus einer Reichstagsdebatte im Jahre 1931 — und das hat Arbeitertum, in dem es hauptsächlich wurde, Reichstagsabgeordneter Otto Hörings sei in einer Reichstagsdebatte im Jahre 1921 betrunken gewesen und habe durch seine Betrunkenheit die Verhandlungen geführt. Hörings verlegte daraufhin den verantwortlichen Redakteur Bohannes Bialas wegen Verleumdung. Dieser wurde am Dienstag vom Münchener Landgericht zu einer Geldstrafe von 400 Mark oder acht Tagen Gefängnis verurteilt.

Radau-Studententum und Korruption.

Verhandlungen im preussischen Landtag.

Berlin, 2. März. (Eig. Ber.)

Der Preussische Landtag beriet am Mittwoch in erster Sitzung die neue Disziplinarordnung für Studenten.

Nach der Einführungsrede des Kultusministers Grimme, der darauf hinwies, daß das bisher geltende Disziplinarrecht von 1879 nicht mehr zeitgemäß ist und den modernen Rechtsauffassungen nicht mehr entspricht und deshalb dringend einer Überarbeitung bedarf, die den Kultusminister in den Stand setzt, derartige Mißstände, wie sie sich an verschiedenen Universitäten in letzter Zeit gezeigt haben, zu unterbinden, trugen die Rechtsparolen ihre Ängste vor, daß nicht der berühmten studentischen Freiheit durch das neue Disziplinarrecht irgendeine Ansoche getreten würde. Eine Befürchtung, die umso grundloser ist, als sämtliche Hochschulleitungen sich mit der Vorlage einverstanden erklärt hatten.

Der sozialdemokratische Redner Dr. Chajes erinnerte daran, daß bis zum Jahre 1900 jeder Student der sich sozialdemokratisch irgendwie betätigte, von den Universitäten entfernt worden ist. Im übrigen seien die Studenten sämtlich Stipendiaten der Allgemeinheit; nur auf Kosten der Volksscholle finde ihre Ausbildung durchgeführt werden. Wenn daher die nationalsozialistischen Studenten die Universitäten jetzt überall zu Ruine und Bräuterei mitschleichen und nachher — mit nordischer List — die Verantwortung dafür auf sich abwälzen, so sei es allerdings gebietet die Pflicht des Staates, für die Aufrechterhaltung der Ordnung und der Lebensfreiheit zu sorgen.

Diesem Standpunkt schlossen sich die anderen Regierungsparolen an. Der Staatsparteilere Bohner machte dabei die treffende Bemerkung, daß ein Anspruch auf akademische Freiheit nur gebildete Menschen, aber nicht Fieseln und Raufbolde hätten. Der Entwurf wurde schließlich dem Unterrichtsamt zugewiesen.

Eine Stempelstelle in Berlin.

Durch die immer größer werdende Zahl der Erwerbslosen ist der Andrang zu den Arbeitsämtern so stark geworden, daß die Arbeit kaum noch bewältigt werden kann. Das untenstehende Bild zeigt eine Aufnahme, wie es vor dem



Berliner Arbeitsamt Südost-Süd in Berlin-Neukölln

ausgeht. Auf diesem Arbeitsamt sind etwa 100 000 Arbeitslose abzufragen. Das Personal war nicht in der Lage, die Arbeit zu bewältigen, so daß Täuschung täglich vor dem Arbeitsamt Schlangenzüge und Hundstangen waren mußten. Dabei muß man bedenken, daß unter diesen Erwerbslosen zahlreiche sind, die einen Weg von etwa 4—18 km zurücklegen haben. Angesichts der katastrophalen Zustände haben die Gewerkschaften mit schärfstem Nachdruck die Heranziehung von Hilfskräften gefordert, um eine schnelle Umwandlung der Geschäfte zu gewährleisten. Damit dieser Bemühungen der Gewerkschaften werden bereits heute sowohl vom Arbeitsamt als auch von den Berliner Arbeitsämtern Angestellte im Arbeitsamt Südost Dienst leisten. Insgesamt werden 36 Angestellte heute mehr im Arbeitsamt Südost arbeiten. Auf diese Weise soll unbedingt dafür gesorgt werden, daß die Arbeitslosen nicht, wie in den letzten Tagen, stundenlang im Freien warten müssen, bis ihre Abfertigung an die Reihe kommt.

Verlassenes braunes Haus.

Vor kurzer Zeit hatten sich in Dresden die Nazis das sehr schön an der Elbe gelegene Castel-Balais als ihr „braunes Haus“ eingerichtet. Mit feierlichen Reden wurde diese Stätte als der Ausgangspunkt des „Dritten Reiches“ für Sachsen verlobt. Zug und Nacht wehte nach der Wüste die Fichtenkreuzschnur und die große Umfassungsmauer wurde mit einem noch kesselnenden Feuer beheizt. Jetzt haben die Hitler-Leute diese Festung ganz still wieder geräumt. Die Einrichtung hatte viel Geld verschlungen; denn scheitern die „Aps“ sich geweiht zu haben, weil ihre Großden dafür herzugeben, daß der Hof von Klinger in Brunt wohnt, während sie darüber (von Klinger bezieht aus Offizierspension, Funktionärsgelalt und Landbesitz) ein dreieckiges Einkommen. Von der Herrlichkeit des „Braunen Hauses“ ist jetzt nur noch die braune Mauer zu erblicken; aber kein Hitler-Mann kommt mehr in diese Gegend.

Nachmittags verlesen. Das neue Organ der Heilichen Nazi-Partei, der „NS-Kurier“, dessen erster Nummer am Mittwoch als Korrespondent zu dem bisherigen Organ „Hessenhammer“ in Darmstadt erschien, wurde wegen schwerer Verstöße gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 auf zwei Wochen verboten.

Die englische Devisen-Fortbewegung, die den Erwerb von Devisen nur für Import- und Exportzwecke gestattet, ist aufgegeben worden. In Erwartung der Aufhebung dieser Verordnung war der Pfundkurs in den letzten Tagen durchweg jeft.

Der Landtag erledigte dann noch eine lange Reihe von Ausschüssenachen, von denen sich die meisten bezogen auf

Korruptionsfälle in der agrarischen Bewegung der Ostprovinz. Reg. Kullner (Sog.): In der Serie der agrarischen Korruptionsfälle spielt dieser Fall der Kommerzienhauptmann Hoffmann eine besondere Rolle. Von 1927 bis 1931 hat die Hauptgenossenschaft systematisch die Staatskasse bei den Einfuhrschiffen betrogen; sie hat zu diesem Zweck für die Zollbehörden fünf Jahre lang besondere gefälschte Bücher geführt. Die Höhe des Schadens hat in den Jahren 1930 bis 1931 175 000 M betragen; welche Summe im Ganzen erfordern würde ist, ließ sich wegen Verjährung nicht mehr feststellen, wahrscheinlich eine Million. Hauptschuldiger war der Direktor der Hauptgenossenschaft Hagemann. Hagemann erhielt ein Jahresgehalt von 18 000 M, aber außerdem freie Wohnung, Auslandsentschädigung, Genantitäten, Unfallversicherung und eine besondere Prämie für den Betrag der Zollgebühren. Dadurch hat er jährlich tatsächlich 54 000 Mark bezogen. (Stimmliches hört, hört) Selbstverständlich hat er dieses Einkommen nicht versteuert. (Bewegung.) Er hat sich jetzt einer Steuerstrafe von 100 000 M freiwillig unterworfen. Das Gericht hat bei diesem Mißverdienst eines pflichterwidrigen nationalen Mannes (Heiterkeit) angedroht, daß der Betrag jährlich bezogen sei. Hagemann hat nämlich fünf Jahre lang den Buchhalter, der ihm die Unregelmäßigkeiten melden wollte, nicht empfangen. Gegen diese merkwürdige Auffassung des Gerichts ist Beschwerde nicht eingelegt, aber ist für die Saftigkeit und für das öffentliche Gewissen. (Reh, Beh, bei dem Sog.)

Ag. Kaufmann (Dn.) bietet, nicht in ein schwebendes Verfahren eingreifen. (Heiterkeit.)

Nach Erledigung einiger Rechnungssachen vertagte sich der Landtag am Donnerstag 10 Uhr. Bericht des Untersuchungsausschusses in Saagen Landtag — Wertsteuerfrage.

Lappo und Hitler.

Gemeinamer Putsch am 13. März.

Helfingors, 3. März. (Eig. Draht.) Die Regierung ist weiterhin entschlossen, den Lappo-Falschisten mit allen Mitteln entgegenzutreten. Sie hat die Garnison in Helfingors neuerdings durch ein Infanterieregiment und ein Infanterieregiment aus der Provinz verstärkt lassen. Ferner wurde die Verhaftung der Falschistenverursacher Rolala und Wollensius angeordnet. Das Oberkommando über die Arme und die Seemarine ist dem Reichspräsidenten übergeben. Helfingors selbst ist festgenommen und in den Bannorten fünf Gefangene aufgestellt und Wachpostenbesatzung angesetzt worden.

Aus-München, dem Hauptstich der Falschisten, hat die Regierung außerordentlich erfahren, daß am 13. März ein Marsch der Lappo-Falschisten nach Helfingors geplant ist und die Lappo-Falschisten zu der gleichen Zeit bestimmt mit einem Putsch der Nationalsozialisten in Deutschland rechnen. Gestellt ist, daß Lappo von den deutschen Nationalsozialisten unterstützt wird.

Minutium des Staatspräsidenten.

Präsident Ebnhufend erteilt Mittwochabend im Rundfunk eine ultimative Forderung an die Lappo-Leute, in ihre Befehle zurückzutreten. Er sicherte den Anhängern der Bewegung, nicht aber den Führern Straffreiheit zu, falls sie dieser Forderung nachkommen. Im anderen Falle würde er sie als Feinde betrachten und sie entsprechend bestrafen. Am ganzen Lande ist strenge Zensur und Telegrammzensur verhängt, jedoch die Lappo-Leute von der Aufmerksamkeit völlig abgelenkt sind.

Die Meldungen über einen Vormarsch der Lappo-Truppen haben sich nicht bestätigt.

Die Regierungskrise.

Die durch den Rücktritt der Minister der Sammlungsparlei drohte, ist überwunden. Die Sammlungsparlei hat sich ansehend auf Druck des Staatspräsidenten bereit, weiter in der Regierung mitzuarbeiten. Der Generalfeldmarschall Dösch übernimmt den Posten des Außenministers. Der Abgeordnete der Sammlungsparlei Schwanauer übernimmt das Sozialministeramt. Der bisherige Finanzminister Kröner, der auch zurückgetreten war, steht auf seinen Posten zurück. Seit Übernahme des Oberbefehls durch Präsident Ebnhufend scheint sich die Lage der Regierung wesentlich gebessert haben. Man rechnet in Helfingors Regierungskreisen mit der Liquidierung des Lappo-Unternehmens in den nächsten Tagen.

Schwerkrriegsbeschädigte bei Reichsbehörden.

Von den Gesamtbeschädigten der Reichsbehörden waren am 1. Januar 1932 mit 8 6 m r b e s c h ä d i g t e n besetzt: Auswärtiges Amt 3 06 v. S., Reichsminister des Innern 3 27 v. S., Reichsfinanzministerium 4 91 v. S., Reichsjustizministerium 3 08 v. S., Reichsarbeitsministerium 10 78 v. S., Reichsjugendministerium 3 01 v. S., Reichswehrministerium (Heer) 2 85 v. S., Reichswehrministerium (Marine) 2 51 v. S., Reichspostministerium 5 07 v. S., Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft 3 31 v. S., Büro des Reichspräsidenten 2 08 v. S., Rechnungshof des Deutschen Reichs 2 14 v. S., Reichslandwirtschaftsministerium 2 17 v. S., Reichstag 3 32 v. S., Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft 3 18 v. S., Reichsbank 2 76 v. S., Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (Stand: 1. Mai 1931) 2 51 v. S.

Der preussische Hausbanker wurde am Mittwoch dem Reichspräsidenten vorgelegt. Der preussische Finanzminister, der die Sitzung des Staatsrates mit längeren Ausführungen einleitete, erklärte u. a., daß die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung über den Ausgleich des restlichen Fehlbetrages von 100 Millionen Reichsmark am Dienstag abgeschlossen worden seien. Die Reichsregierung übernehme gegen eine Ausfuhrzahlung von 100 Millionen Reichsmark die Durchführung der preussischen Forderungen, der Landesrentenbank und den Siedlungsvereinigungen. Weitere vermittlungsmäßige Übertragungen von Preußen auf das Reich seien nicht vorgesehen. Angesichts der damit verbundenen Bestätigung eines Quälismus werde man das Abkommen durchaus begünstigen können.

Bier in USA! Der Gouverneur des USA-Staates Rhode Island unterzeichnete ein Gesetz, das den öffentlichen Verkauf von Bierverbotenem Bier zuläßt. Ferner lehnt die Verwaltung von Rhode Island die Durchführung der allgemeinen Polizeimaßnahmen zur Aufrechterhaltung der Prohibition ab. Praktisch bedeutet dies Bestätigung, daß die gesamte Prohibitionssicherung vom Bund ausübt werden muß.

Der Betriebsanwalt.



Gustaf Winter,

der Mann mit den rotgeflampten Laufendmaschienen, der wegen seines "Betriebes" in der Landesfabrikhaft Baugen ist und bei der Reichspräsidentenwahl auch wieder "Betrieb" macht.

Rückzug der Chinesen.

20 Kilometer hinter Schanghai.

Schanghai, 2. März. (Sg. Draht.) Die chinesischen Truppen haben sich nach der Landung harter japanischer Verstärkungen um mehr als 20 Kilometer von Schanghai zurückgezogen. Die Klüftung von Tschapei erfolgte in der Nacht zum Mittwoch. Die Japaner fanden die chinesischen Stellungen am Mittwochsabend zu ihrer Überraschung leer. Die Japaner rücken fort langsam vor. Sie vermaßen hinter dem Zurückweichen der Chinesen eine strategische Absicht.

Japan hat mit dem Rückzug der Chinesen kein militärisches Ziel erreicht. Sein Ultimatum forderte die Zurückziehung der chinesischen Truppen in eine Entfernung von 20 Kilometern von Schanghai. Nachdem diese Forderung entprochen ist, dürfte Japan verhandlungsbereit sein.

Neuer Schrift in Tokio.

Tokio, 3. März. Staatspräsident Kuni Naokuni hat am Mittwochabend einen neuen telegraphischen Schritt bei der Lotterie-Regierung unternommen. In einer Note, die am Abend vom Lotteriedirektor abgegeben ist, deren Inhalt jedoch noch nicht veröffentlicht wird, heißt Kuni Naokuni die japanische Regierung ersuchen, unverzüglich auf die Frage der Einstellung der freiwilligen Stellung zu nehmen, da der Wählerbureau entzogenen Wert darauf lege, daß vor dem Zulassens der außerordentlichen Wählerversammlung des Wählerbureau die Freiwilligkeiten zwischen Japan und China eingestellt seien.

Schanghai brennt.

London, 3. März. (Sg.) Das internationale Konzeptionsgebiet ist durch den Rückzug der Chinesen in eine gefährliche Lage geraten. Die Chinesen haben, als sie ihre Stellungen verlassen, an verschiedenen Punkten Feuer gelegt. Infolge des starken Windes entstanden gewaltige Brände. Auf der anderen Seite haben die Japaner nichts getan, um dem Feuer Einhalt zu gebieten. Sie hoffen, daß der Brand verborgene Minen zur Explosion bringe und die chinesischen Frantkreture zwinge, sich zurückzuziehen. Das Feuer ist schon bis auf den internationalen Konzeptionsbereich gekommen, über der eine höhere Rauchwolke liegt. Die von den Bränden verursachten Schäden sind unvorstellbar.

Aus aller Welt

Der Schultheiß-Pagenhofer Prozeß.

Strafanklage des Staatsanwalts.

In dem Berliner Prozeß gegen die Generaldirektoren der Schultheiß-Pagenhofer A.G. beantragte Staatsanwalt Stumm am Mittwoch gegen den Hauptangeklagten Ludwig Pagenhofer wegen Bilanzverschleierung, Untreue und Prozeßverhinderung insgesamt 1 1/2 Jahre Gefängnis und 50000 M. Geldstrafe, eventuell fünf weitere Monate Gefängnis. Die Unterlassungspflicht soll Pagenhofer abgeben, der als einziger Angeklagter in Haft liegt, wohl angeordnet werden.

Gegen Generaldirektor Penzlin beantragte Oberstaatsanwalt Sturm wegen Bilanzverschleierung drei Monate Gefängnis und 10000 Mark Geldstrafe, für die im gegebenen Falle ein Monat Gefängnis einzutreten ist, wegen Prozeßverhinderung sechs Monate Gefängnis und weitere 10000 Mark Geldstrafe. Die Strafe soll in sieben Monate Gefängnis und 20000 Mark Geldstrafe aufammengezogen werden. Für den Angeklagten Oberheim hält die Staatsanwaltschaft vier Monate Gefängnis und 10000 Mark Geldstrafe, gleichfalls wegen Bilanzverschleierung, für angemessen. Der Antrag gegen den Angeklagten Schulman lautet auf zwei Monate Gefängnis und 10000 Mark Geldstrafe. Gegen Generaldirektor Funke beantragte der Oberstaatsanwalt schließlich wegen Bilanzverschleierung insgesamt 20000 Mark Geldstrafe, davon 10000 Mark an Stelle einer an sich verwirkten Gefängnisstrafe von 1 Monat.

In ihren Kläubern haben die Anklagenvertreter ein umfassendes Bild der zweifelhafte Geschäfte der Angeklagten, ein Bild, das die handliche Minderheitspartei in überverzweigten Schultheiß-Kongernen in den Details aufzeigt.

Die bayerische Porzellanfabrik zahlungsunfähig. Die überörtliche Porzellanfabrik Selb (15000 Einwohner) hat sich gegenwärtig in eine Zahlungsunfähigkeit begeben, bis auf weiteres die Geschäftsabteilungen an ihre Beamten einzustellen. Die Wohlstandsunterstützungen an die Arbeitlosen werden jedoch weiter gezahlt. Die finanzielle Bedrängnis der Stadt steigerte sich mit der Zunahme der Arbeitslosigkeit seit Oktober vorigen Jahres von Woche zu Woche, da die großen Porzellanbetriebe von Rosenfeld und Hülshorstreuther nahezu völlig stillgelegt sind.

Das verurteilte Postfluggesetz. Wie aus Buenos Aires gemeldet wird, sind in der Woche des Quatuoragesimo von Gerila die Leigen von drei Anflüssen des französischen Postfluggesetzes gefunden worden, das abgelehrt ist.

Drohenschießer. In Berlin wurde ein Kaufmann Ludwig Ringwald festgenommen und dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Ringwald soll den Staat durch Diebstahlshandlungen um 80000 M. geschädigt haben.

Schloßbrand. Das zwischen Espoborf und Wellerdorf (Schlesien) gelegene Schloß Wellerdorf wurde am Mittwoch morgen durch Großfeuer zerstört. Der gesamte Mittelbau ist ausgebrannt. Der größte Teil der Inneneinrichtung blieb erhalten.

Entwicklung der Agrarpreise?

Kein weiterer Preisfall, aber auch keine Preisverbesserungen.

Das Institut für landwirtschaftliche Marktforschung, das seit längerem eine wichtige Aufklärungsarbeit über Markt- und Absatzfragen leistet, veröffentlicht eine Übersicht, eine Prognose, über die zukünftige Preisgestaltung bei den Agrarpreisen. Solche Prognosen, deren Wichtigkeit nicht nur für die Landwirtschaft, sondern auch für die ganze Wirtschaftspolitik nicht zu verkennen ist, werden in anderen Ländern schon seit Jahren aufgestellt. Die deutsche Forschung ist hier zurückgeblieben. Man hat derartige Voraussetzungen wohl für England, Frankreich, für Schweden und Niederlande, aber nie für den gesamten Agrarmarkt. Vor allem ist es die gesamte wirtschaftspolitische Orientierung und Zielsetzung, die auf derartige Prognosen nicht verzichtet kann. Je mehr man verliert, Wirtschaftspolitik im Sinne des wissenschaftlichen Sozialismus zu treiben, also in dem Maße, wie man die Produktion dem Bedarf anzupassen verliert, wird man immer wieder auf derartige Voraussetzungen zurückgreifen müssen. Jede weitere Verbesserung der Kaufkraft, jeder Lohn- und Gehaltsabbau führt nämlich zu einem Verbrauchsrückgang, der sich in neuen Preiszusammenbrüchen auswirken muß. In der Feststellung des Instituts für landwirtschaftliche Marktforschung heißt es dann auch, daß

bei gleichbleibender Kaufkraft sowohl bei Getreide wie bei den Veredelungsprodukten nicht mehr mit einer weiteren Senkung der Preise auf dem Weltmarkt zu rechnen sei. Für eine Preissteigerung bestche jedoch keine Aussicht, weil eine beträchtliche Einschränkung der Produktion nicht zu erwarten sei, zumal die Produktionskosten bedeutend niedriger sind als vor drei Jahren.

Für Deutschland muß nun ein Entschluß gemacht werden, zwischen Erzeugnissen, die vor in genügendem Umfang selbst herstellen, und solchen Erzeugnissen, für deren Herstellung die deutsche landwirtschaftliche Produktion nicht ausreicht, um den vorerhaltenen Bedarf zu decken. Zu den ergrinsten Produkten zählen Roggen, Kartoffeln und Zucker, zu den zuletzt genannten u. a. Butter und Eier. Bei allen Produkten, die wir selbst in genügendem Maße erzeugen, ist die Preisgestaltung von der Nachfrage abhängig und nicht von den Zöllen. Die Zölle können wohl die ausländische Einfuhr fernhalten, aber nicht die Preise bestimmen. Aber auch bei den Butter- und Eierpreisen ist mit Preisänderungen nicht zu rechnen. Zwar ist zu gleicher Zeit mit der Butteraufzucht der Weltmarktpreis gestiegen. Die Gründe dafür liegen aber zweifellos nicht in der erfolglosen Zollerhöhung, sondern in der Tatsache, daß die Butterpreise um viele Prozente seit dem letzten Jahr gestiegen sind.

1. März einen Butterzoll ein. Die englischen Importeure verlangen sich gegenseitig stark mit Butter (Vorendeckung), so daß die Nachfrage sich am Weltmarkt steigerte, was natürlich die Preise treibt. Die Butterzollerhöhung allein kann den deutschen Butterpreis nicht treiben, weil insofern des fünfjährigen Handelsvertrages und der Weißbrotbestimmungen immerhin noch 60 000 Tonnen Butter zu dem alten, im Vergleich zu den erhöhten Sätzen, verhältnismäßig geringen Zoll eingeführt werden. Viel mehr als 60 000 Tonnen kann aber Deutschland insofern der genannten Kaufkraft der Verbraucher nicht einführen. Von dieser Abnahme aus kommt das Institut für landwirtschaftliche Marktforschung zu dem Ergebnis, daß in Deutschland ein höherer Butterpreis als 120 bis 130 Mark im Durchschnitt dieses Jahres nicht zu erwarten ist. Noch empfindlicher als der Butterzoll ist der Eierzoll. Jede Preissteigerung müßte hier zu einem Absatzrückgang führen. Davon ausgehend könnte man annehmen, daß auch hier keine Erhöhung der Preise, gleichbleibende Kaufkraft der Verbraucher vorausgesetzt, zu erwarten ist.

Im großen und ganzen kann man die Folgerungen des Instituts für landwirtschaftliche Marktforschung unterziehen. Weiter ist es notwendig, handelspolitische Schritte zu ziehen. Genau so, wie Deutschland bereits mit seinem Butterzoll Länder, die für deutsche Exportwaren wichtige Aufnehmer sind, vor den Kopf gestoßen hat, will der Reichsernährungsminister Schritte den Eierzoll erhöhen. Die Ausführungen des Instituts für landwirtschaftliche Marktforschung zeigen, daß man die Lage der Landwirtschaft dadurch nicht bessert. Man wird die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und fremen Ländern verbessern, die durch eine solche Zollerhöhung betroffen werden. Das führt immer wieder zu einer Drosselung unseres Exports und zu einer Verschärfung der Arbeitslosigkeit. Wer aber arbeitet los, kann dem Landwirt keinen Nutzen, keine Kartoffeln, keine Eier und keine Butter abkaufen. Ein Zoll, den man nach außen ohne jeden Sinn macht, wirkt sich auf dem Binnenmarkt, hinsichtlich des erster Linie für die Landwirtschaft und für die Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Es ist höchste Zeit, daß die Landwirtschaft das einseht. Sie hat das größte Interesse an einer Steigerung der Verbraucherkraft. Eine Verbesserung der Kaufkraft, also in erster Linie eine Verbesserung der Kaufkraft der Arbeiterklasse, läßt sich aber nicht durch wirtschaftliche Maßnahmen erreichen, sondern nur durch politische und wirtschaftliche Veränderung mit untern Wirtschaftskreisläufen. Man hat in weiten Kreisen ansehend die Wichtigkeit einer vernünftigen Aufspaltung für die Wirtschaftspolitik in Deutschland noch nicht erkannt.

Rücktritt Legals?



Intendant Ernst Legal,

der Leiter des Staatlichen Schauspielhauses in Berlin, dürfte vorausichtlich seinen Rücktrittsgesuch einreichen. Künstlerische Mißstände verschiedener Art haben in letzter Zeit zu scharfer Kritik an Legals Amtsführung veranlaßt.

Die Wilhelmshafen der Stadtbank.

In der Mittwoch-Verhandlung im Stadtrat-Prozeß äußerte sich der als Zeuge vernommene Stadtbauinspektor Dr. Lehmann über den Auf, den die Firma Stadtbau in der Stadt Berlin genöß. Der verstorbenen Stadtbau Inspektor hat den Stadtbau-Kredit als den besten Kredit der Stadt bezeichnet; die angeklagten Stadtbauinspektoren Hofmann und Schmidt hätten stets versichert, daß die Stadtbau-Prima Baute und über jeden Zweifel erhaben seien. Der Zeuge äußerte weiter von den wirtschaftlichen Minister Hoffmanns, der ein Dramen im Beweisenformat, den ganzen Betrieb militärisch organisierte, immer große Watsreden, aber auch "philosophische" Ansprachen hielt. Die philosophischen Bemerkungen Hoffmanns, der seinen typischen Winderwertigkeitskomplex häufig durch Gebrahl abzuregieren versucht hätte, seien im übrigen treffender Materialismus gewesen; einmal sei Leo Stadtbau ganz vernehmlich aus Hoffmanns Zimmer gekommen und hätte gerufen: "Nicht habe ich anderthalb Stunden mit Hoffmann philosophieren müssen, und ich wollte doch ganz etwas anderes!" Der Zeuge gab ferner eine eingehende Charakterisierung des angeklagten Stadtbauinspektors Dr. Schmidt, der in seinem Zimmer eine recht merkwürdige Schloßvorrichtung anbringen ließ; "Er brauchte nur auf einen Knopf zu drücken, dann war die Tür für jeden verschlossen. In manchen Tagen ist er mir überhaupt nicht möglich gewesen, zu Schmidt zu gelangen. Einmal habe ich es 3mal vergeblich versucht." (Große Heiterkeit). In der Freundschaft gegen Lehmann lag Methode: Stadtbauinspektor Schmidt hat konsequent darauf hingearbeitet, den ihm unbenommenen Dr. Lehmann aus dem Kreis derjenigen Personen, die den Stadtbau-Kredit "bearbeiteten", auszuschalten. So veranlaßte Schmidt eine Streichung derjenigen Bestimmungen in den Statuten, die den Dr. Schmidt des Amtes des Instituts der Stadtbau-Kredit des geschäftsführenden Direktors war. Vorhergehend: "Man war also gegen die Juristen". Zeige Dr. Lehmann: "Sie waren unbestätigt..."

Originaltext Sammelobjekt. Die Retorsion der wenigen Einzelobjekte, die es in der Welt geben dürfte, hat ein in Glasgow lebender Herr Lehmann neulich in einem unterhalb von zehn Jahren 6000 vertriebenartig elektrische Schächeln, darunter allein 600 japanische. Dollars für Kunst. Zwei in New York lebende Deutschamerikaner stellten dem Bayerischen Kultusministerium 100 000 Dollars zur Förderung von Kunstausstellungen in München zur Verfügung.

Amerikas Sensation

Amerika ist über Nacht in furchtbare Aufregung verlegt. Charles August Lindbergh junior, das 19 Monate alte Baby des amerikanischen Ozeanfliegers Lindbergh, wurde in Hopewell (New Jersey) aus der Wohnung seiner Eltern gerast und ist jetzt noch nicht wiedergefunden. Die amtlichen Stellen nehmen den Fall sehr ernst; innerhalb zwei Stunden wurden in einem Gebiet von der doppelten Größe Deutschlands sämtliche Polizei- und Truppen-Stationen bis auf den letzten Mann mobilisiert, um an der Auffindung des Kindes zu arbeiten. Der Polizeipräsident von New York hat die Oberleitung der Aktion. Heber die Motive des Kindesraubes ist noch nichts bekannt. Möglicherweise liegt ein Erpressungsversuch vor. Borausichtlich wird sich auch der Kongreß mit dem Fall beschäftigen. Ein Antrag fordert, daß die Befragung von Menschenraub in die Gesetzgebung aufgenommen werden soll.

100 Kilogramm Dynamit explodiert. In der Nacht auf Mittwoch ist in der Nähe von Montpelier (Frankreich) ein mit 100 kg Dynamit beladener Lastkraftwagen unter ungeheurer Gewalt in die Luft geflogen. Die Explosion war im Umkreis von mindestens 10 km so heftig zu hören, daß die schlafenden Dorfbewohner aus ihren Betten wurden. Wüßig germalme und zerplitterte Bruchstücke des Kraftwagens wurden in der Nähe der Landstraße von der Polizei gefunden, während von dem Verbleib jede Spur fehlte.

Brennen und Knäcke. Vor einem Monat in der Antisepse haben zwei Gruppen von drei Nationalsozialisten. Die eine war angeklagt der Vorbereitung des Uniformverrats, die andere wegen Freiheitsberaubung und Mord, weil sie vor dem Brauen eines neuen Reichsbrotmehrs verfallen und widerrechtlich festgehalten hatten. Die erste Gruppe bestand aus seinen Leuten. In ihrer Spitze ein Freibauer von Künzberg, die zweite Gruppe aus gemeinen A. N. Leuten. Die erste Gruppe hatte von vornherein keine erfolgreiche Strafe flüchtet, während die zweite schon wieder in der Strafe lag. Der Herr v. Künzberg kam denn auch mit 10 M. Geldstrafe davon, während die gemeinen A. N. Leute ins Gefängnis mußten. Dafür wurde auch die Gruppe der freien Leute von Hilters Holaboketen, dem Herrn Reichsnotar Franz II. verurteilt, während für die gemeinen Soldaten ein junger Referendar geübt war. Freuen und Strafe! Jedem das Seine!

Lezte Nachrichten (Eigene Fund- und Denksprüche)

Sturm auf die Kohlenhaden. Die Kohlenhaden der stillgelegten Sechen Rhein I der Vereinigten Stahlwerke sind von etwa 500 Personen an verschiedenen Stellen geflohen. Die Menge verlor die Kohlen zu holen. Die Wächter waren dem Ansturm gegenüber machtlos. Die Kohlen wurden von der Polizei geräumt. Da man weitere ähnliche Vorkommnisse befürchtete, wurde ein besonderes Polizeiaufgebot für die Schichtanlage eingesetzt.

Bierfreit in Leipzig ab 11. März. Leipzig, 3. März. (Leitung.) Die Leipziger Gastwirte haben am Mittwoch beschlossen, ab 11. März in den Bierfreit einzutreten.

Walfang-Pflanzen im Aufgebot. Wladimir, 3. März. (Leitung.) In Wladimir-Zugel hat die RSDAP für Mittwochabend eine Veranstaltung anberaumt. Schon um 10 Uhr war das Lokal zumeist mit Andersdenkenden besetzt, die Einlaß in den Versammlungsraum begehrten. In dem Saal befanden sich etwa 40 Nationalsozialisten, die die Tür abgeschlossen hatten. Die Menge ließ jedoch nicht mehr zurückbleiben und drängte gegen die Saaltür. Dies wurde mehrere Minuten lang, erst dann ein weißes Durchgelassen. Von draußen fielen Schiffe. Etwa wurden in den Saal geworfen. Hierbei wurden nach Befreiungen der Polizei fünf Personen verletzt und 15 leicht verletzt. Die Verletzten gehören verschiedenen Organisationen an. Die Polizei stellte die Ruhe wieder her und nahm mehrere Verhaftungen vor.

1. Beilage zur Harzer Volksstimme

Nr. 53

Donnerstag, den 3. März 1932

7. Jahrgang

WERNIGERODE

Reichspräsidentenwahl 1932.

Als Tag der Reichspräsidentenwahl hat bekanntlich der Freitag Sonntag, den 13. März d. J., bestimmt. Ueber die Einzelheiten der Wahl hat der Reichspräsident des Amern einen Rundbrief herausgegeben, aus dem der Wähler die folgende Besondere zu entnehmen kann:

Die Abstimmungszeit dauert grundsätzlich von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags. Der Reichsinnenminister hat jedoch im Ausnahmeverfahren genehmigt, daß in Stimmbezirken mit weniger von 1000 Einwohnern eine kürzere, jedoch mindestens 6 stündige Abstimmungszeit von der zur Abgrenzung der Stimmbezirke zuständigen Behörde festgesetzt werden kann. Die kürzeste Abstimmungszeit darf aber nicht später als 11 Uhr vormittags beginnen und nicht vor 4 Uhr nachmittags schließen. Eine Unterbrechung der Abstimmungszeit ist keinesfalls zulässig. Die Wählerlisten oder Karteien für diese Wahl sind vom 3.—8. März d. J. in die Wahllokale zu bringen; die Gemeindevorstände können aber die Auslegung schon früher beenden lassen. Der Wähler weist ausdrücklich auf die Verpflichtung hin, vor der Auslegung in ortsüblicher Weise bekannt zu machen, wo, wie lange, und zu welchen Tagesstunden die Wählerlisten oder Wahlkarteien zu jedermanns Einsicht ausliegen, sowie in welcher Zeit und in welcher Weise Einspruch gegen sie erhoben werden können. Im allgemeinen sind die Wählerzeitschriften mindestens während der üblichen Dienststunden auszugeben; Sonntag muß das für ein besonderes Dienst eingerichtet werden. Am übrigen ist hinsichtlich der Auslegung zu nehmen. Die Wählerzeitschriften sind auszugeben, daß sie falls ein zweiter Wahlgang erforderlich wird, in kürzester Frist durch Nachdruck der inzwischen ausgegebenen und bis zum zweiten Wahltage nachfolgend werdenden Personen ergänzt und so für diesen Wahlgang schnellstens erneut auslegungsbereit gemacht werden können.

Nicht in den Armen,

aber in den Haaren liegen sich Beide und zwar die Brüder der „nationalen Front“. In einem langwierigen Eingelände in der höchsten bürgerlichen Presse über die Nazis barkei Streit an dem Führer der ersten nationalsozialistischen Kampfbewegung, dem sie Unfähigkeit gegenüber seinen nationalen Freundschaften vorwerfen. Nach einer Beweisaufklärung der nationalsozialistischen Bewegung wird behauptet, daß diese Bewegung „kompromisslos“ ihren Weg gehe. Wir schalten hier die Frage ein: „Wie lange ist es eigentlich her, daß Hitler sich vom Reichsinnenminister Groener Bezeugt ausgegeben hat, um sich erst mit Hugenberg über die gemachten Vorbehalte zu verständigen?“ Ist man da nicht auf dem Wege zu einem Kompromiß gewesen?

Dann wirt man den rechten Parteien vor, daß sie nur noch aus „Führern“ bestünde, denn die Massen seien ihnen längst davon getrennt. Als man das merkte, habe man seine Tatzeit den Nazis gegenüber geändert. Das können sich die höchsten bürgerlichen Zeitungen auch ansehen! — Nicht nur hält man weiter den Deutschen nationalen ihre Kampfbewegung und Selbstheilung bei der Abstimmung über den Damespott vor, sondern behauptet, die Vernehmung der politischen Nachgruppierung habe den Führern der Rechten den Blick gerührt, sonst hätten sie nicht eine völlig ausfallslose Sonderkandidatur zur Reichspräsidentenwahl herausgebracht. Ist das wirklich Sargbürger Front, fragt der Einzelner? und gibt folgende beutliche Antwort an die Gegenparte: „Damit haben die Verantwortlichen eine Ineffizienz an den Tag gelegt, wie man sie nur in Deutschland bei den sogenannten geübten „Führergruppen“ findet. Damit haben sie gezeigt, daß ihnen wahre Führereigenschaften fehlen.“ (Auch im Eingelände festgedruckt). — Und nun kommt der Glanzpunkt des Eingelände: „herrlichen kann und darf in einem Worte immer nur ein Mann! niemals mehrere.

Wenn man Krankenbesuche macht.

Bei vielen Leuten gehört der Krankenbesuch zu den gesellschaftlichen Pflichten, die man wohl oder übel auf sich nimmt, um in jeder Beziehung den Anforderungen des guten Tons zu genügen. Bei anderen Krankenbesuchern ist die Reugier die Triebfeder, die zu dem sonst nicht leicht zugänglichen Einblick in die intimen Gemüther der Familie und ihrer privaten Lebensweise anreizt. Di genug darf auch das Kränken der Nächstenliebe, das einem beim Krankenbesuch so besonders gut ansteht.

Alle diese Beweggründe sollte man von vornherein ausschalten, denn es gilt, einen Krankenbesuch zu machen, Sinn und Zweck hat er immer nur dort, wo mit dem Besuch wirklich Freude, Trost und Erleichterung ins Krankenzimmer getragen wird. Deshalb sollten Besuche bei Schwerverkranken von Fernstehenden ganz unterbleiben, weil die Tapferkeit des Kranken jede Mühseligkeit, Trost und Freude aufzunehmen, ausschaltet. Wenn sich die Schweregeister des Gemeindefamiliars langsam wieder regen und sich bei dem noch am Bett Gefesselten Gengemeinschaft einstellen, dann ist der rechte Zeitpunkt für Besuche gekommen. Man wählt für den Besuch eine Nachmittagsstunde, am besten die Mitte zwischen Kaffeestunde und Abendbrotzeit, in der sich Besondere meistens am meisten fühlen und der Besucher in jeder Beziehung am wenigsten läßt.

Über einen Krankenbesuch, der muß sich schon die Mühe machen, sich ein wenig in eigene häusliche Sorgen zurückzuziehen, sich im Besuche auf ein eigenes Krankenzimmer zu betten und der Erleichterung abzuwarten, welches Weichen kommen damals wirklich erfährt und erfrischt hat, und sich dann bemühen, sein Wesen danach einzurichten. Von Ueberhängigkeiten, die in besser Absicht gerade am Krankenbette nicht selten sind, wollen wir ganz absehen. Lautes, markiert künftiges Benehmen, etwa aus dem Munde heraus, den Kranken „aufzuheitern“, ist nicht am Platze, ebenso wenig wie ein Besimmen des abnehmend genug Gefassten. — Aber auch Hilfe, sonst herausgute Gefährten fallen oft genug den Kranken zur Last. Da hoch dann so eine gute Sache auf der Stuhlfante und quält sich in edelm und tiefem Mitleid alle halbe Minute ein armes Stücken heraus. Wer mit feinem Krankenbesuche trösten und erheitern will, der muß sich schon vorher überlegt haben, was er dem Kranken

heute erzählen kann, ob dieses oder jenes ihn interessieren wird, und in welcher Form er es darbringen muß, damit er den Sinn dieses Besuchs recht erfüllt. In ruhiger Selbstverständlichkeit trete er dem Kranken gegenüber und lege sich freundlich gelassen an sein Lager, ohne ihn durch allzu intime Nähe zu bedrängen, noch ihn durch zu großen Wohlstand unwillig anzutreten. Diese so nebenbei erledigenden Dinge sind durchaus nicht gleichgültig, denn sie machen uns in ihrer Befolgung immer wieder an den eigentlichen Sinn und Wert eines solchen Besuchs: dem brüderlichen oder schwehlerischen Menschen, der da vor uns liegt, durch unsere Persönlichkeit eine für ihn in jeder Beziehung angenehme Berieselung zu bereiten. Wie könnte aber der oder die Kranke durch jene typischen Besucher Freude empfangen, die da an seinem Bette stehen, groß und aufrecht in der Liebergegnheit ihres Ausgangesgewandes und ihrer beneidenswerten Gesundheit, und von hier aus den bekannten väterlichen oder mütterlichen Ton anschlagen, der den Kranken zu einem wehlosen, nicht ganz ernst zu nehmenden Baby herabwürdigt!

Anstatt den Armen, der da hilflos und, ununterbrochen anschauend, über die Symptome und den Verlauf seiner Krankheit zu examinieren, wäre es menschlicher, ihm etwa ein paar freundliche Worte, eine freundliche Geste, die vielleicht irgendwo auf ihn Bezug hat, vorzulegen. Gestärkte Lebenshoffnung sollte auf den Kranken von uns ausgehen, erneute Freude an Menschen und Dingen seines Daseins. Wer seinen Persönlichkeitsstrahlen in die Welt zu großer Befriedigung so viel nicht zutraut, der mag ihre Wirkung unterliegen durch ein kleines Geschenk. Blumen und Früchte sind Kranken stets willkommen, während Süßigkeiten doch meistens den Angehörigen weitergegeben werden müssen, da der Kranke sie nicht verträgt und einen berechtigten Widerwillen dagegen hat. Ob wir aber auch mit wollen oder leeren Händen aus Krankenzimmer treten, die Hauptfrage wird immer die Gabe bleiben, die das Herz bereitet: die festliche Gabe, die dem Leidenden Trost und neue Hoffnung gibt. Über von diesem, und nur von diesem Munde getragen aus Krankenzimmer tritt, der erfüllt jene „gesellschaftliche Verpflichtung“ in ihrem ursprünglichen, längst vergessenen Sinne und trägt in Wahrheit die Krone der Nächstenliebe.

Dieser eine, der Besuche der Tüchtige, der Stärkste, ist Adolf Hitler... Der Führer von Gottes Gnaden und kein anderer! Dazu kann man weiter nichts sagen, als: „Silbburgauent!“

— J. C. Sportfreunde Wernigerode. Morgen, Freitag, findet eine außerordentliche Mitgliederversammlung im Vereinsstatal „Follweil“ statt. Da schon nächsten Sonntag die Serie beginnt, ist es Pflicht aller Genossen unbedingt zu erscheinen. Anhänger des Vereins, die gewillt sind, die Mitgliedschaft zu erwerben, sind besonders herzlich eingeladen.

— Vom Reichsbund der Kriegesbeschädigten wird uns geschrieben: Es sind seitens der Landesversicherungsanstalt in solchen Fällen, in denen durch genommene Kapitalabfindung ein Teil der Militärrente ruht, bei Berechnung des Rubens der Anwartschaften Bescheid erteilt, wobei auch der ruhende Teil der Militärrente bei der Kürzung der Invalidenrente mit berücksichtigt würde. Wir machen deshalb darauf aufmerksam, daß dieser insolge Kapitalabfindung ruhende Teil der Militärrente nur für die Kürzung mit in Betracht kommt, wenn die Kapitalabfindung nach dem 31. Dezember 1931 genommen wurde. Alle vorher gemachten Kapitalabfindungen bleiben bei der Kürzung der Invalidenrente unberührt.

— Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe wird am 15. März wieder eröffnet, nachdem es eine neue Bemessung erhalten hat.

— Neuregelung der Kosten der Schlafplatz- und Fleischbesuch. Das Staatsministerium hat dem Staatsrat einen Gesetzentwurf vorgelegt, durch den bestimmt wird, daß die Kosten der Schlafplatz- und Fleischbesuch einschließlich der Tridienstschau und der Kennzeichnung des Fleisches, die bisher von der örtlichen Polizeiverwaltung zu tragen waren, künftig der Staatskasse zur Last fallen. Zur Deckung der Kosten sind von den Besitzern der Schlachtereien und des Fleisches Gebühren zu erheben, die der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten festsetzt. Wie der Wähler die Preussische Presse dienst mitteilt, liegt dem Gesetzentwurf ein entsprechender Entschuldigungsantrag des Landtags vom 26. März 1931 zu Grunde, dem nun durch den Gesetzentwurf fimmgemäß Rechnung getragen ist. Dieser verfolgt den Zweck, die Kosten der Ergänzungsbesuch, die in einigen Bezirken sehr hoch sind, auf breitere Schultern zu verlegen und eine Regelung zu schaffen, die es ermöglicht, die Kostenbedeutung in ganz Preußen einheitlich zu gestalten. Es wird hierdurch erreicht, daß der wirtschaftlich Schwache entlastet wird und für die breite Masse eine Entlastung der vom Tierbesitzer bei der Fleischbesuch zu tragenden Gebühren eintritt.



Jeden Freitag vormittag: „Sanne und Ella“ die vorbildlichen Hausfrauen, plaudern im Radiol



Über alle deutschen Sender: Zum ersten Male „Sanne und Ella“ die vorbildlichen Hausfrauen!

In ganz Deutschland werden Freitag vormittag die Frauen aufhören. Im Radio belauscht man zum ersten Male „Sanne und Ella“, die vorbildlichen Hausfrauen. Sie verraten praktische Winke, Rezepte für zeitgemäßes Wirtschaften, kurz: Dinge, die jede tüchtige Hausfrau gerne noch dazulernt. Dabei geht es so interessant und lebendig zu, daß Sie glauben, selbst dabei zu sein. Lassen Sie sich dieses Ereignis nicht entgehen; Sie hören „Sanne und Ella“ jeden Freitag vormittag. Und wenn Sie fleißig mithören, kann es nur Ihr „Gewinn“ sein...



Von Millionen Hausfrauen bevorzugt!

Aus Halberstadt Unsere Frauenversammlung.

Im Gemeindefaustausch traf sich gestern Abend unsere Frauen-Gruppe, um ein Referat den Gen. Schütte über „Die gegenwärtige politische Lage und unsere Stellung zur Reichspräsidentenwahl“ einzugehen.

Zunächst gab die Besprechenden der vorlesenen Genossinnen Kreise, Tod und Leben. Zu Ehren der Verstorbener erhoben sie sich von den Plätzen. Ein junger Genosse sprach dann einen Prolog: „Die Eiserne Front marschieren“. Er sprach aus in der Aufforderung, sich anzuschließen, denn die Reichen seien farniert. Genosse Schütte führte darauf u. a. aus, wir hätten in den letzten Jahren sehr oft gefasteln müssen, doch Frig Ebert nicht mehr Präsident des deutschen Volkes sei. Manches mehr anders gemacht, wenn er noch Reichspräsident gewesen wäre. Vor 7 Jahren seien wir gegen Hindenburg gewesen, weil wir glaubten, daß er dem Staatsapparat nicht würdig sei. Es habe sich aber gezeigt, daß er gerade seinen Weg ging und seinen auf die Verfassung geschworenen Eid gehalten habe. Die Parteien, die sonst immer haben reden, daß wir wieder eifrig werden müssen, wollen Hindenburg nicht wieder wählen, weil er seinen Eid gehalten und sein Amt nicht zu einem Staatsreich mißbraucht habe. Wir müßten Hindenburg wählen, weil er seinen Eid hielt und weil wir nur auf diese Weise den Faschismus schlagen könnten. Viele Genossinnen und Genossen würden das zuerst wohl eigenartig finden. Aber eine solche Einstellung sei gar nicht neu. Gen. Schütte wies dann darauf hin, daß schon vor dem Kriege eine solche Haltung gepflegt wurde. Wenn zur Entscheidung gekommen sei, habe unsere Partei für den freistimmigen oder liberalen Kandidaten gestimmt, um den Konventionen fernzuhalten. Also auch damals habe man schon die Politik des kleineren Übels getrieben. Genau daselbe sei bei der Reichspräsidentenwahl der Fall. Hindenburg sei gewiß nicht unser Mann. Wir würden lieber Otto Braun an seine Stelle legen. Aber er müßte uns zu irgend einem Durchfallkandidaten sein. Unser Streben müßte dahin gehen, Hindenburg ihn im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit zu verschaffen. Das könne möglich sein und müßte für die Nazi-Partei eine verlorene Schlacht sein. Der Eintritt für Hindenburg wiederum würde für uns eine Fortsetzung unserer Isolierungspolitik sein. Auch hier sei es nicht verstanden. Aber es war notwendig, um Hitler vor der Macht fern zu halten. Es stimmte auch nicht, daß die Arbeiterkraft nur noch Ketten zu verlieren habe, denn jedes Aufbegehren gegen eine Notverordnung zeige das Gegenteil. Es stimmte auch nicht, wenn man annehme, man solle die Nazis getötet an die Regierung lassen, sie würden bei einer Neuwahl nach Ablauf der Legislaturperiode dann eine große Schlage erleiden. Die Nazis würden sofort, wenn sie zur Macht gekommen seien, jeden Parlamentarismus zerstören. Eine Wahl, die es vorläufig nicht wieder. Wenn wir Hitler im ersten Wahlgang schlagen könnten, hätten wir den besten Anhalt für die Freistimmigen. Was Brauns uns zu tun, müßten wir alle. Die Arbeiterkraft kämpfe den neuen Kampf im Zeichen der Eiserne Front. Sei jede Genossin Mitstreiterin, seien alle aktiv, dann würde auch der Erfolg nicht ausbleiben.

Gen. Schütte erzielte mit seinen Ausführungen reichen Beifall. Der Rest des Abends war der Unterhaltung gewidmet.

Der Dank der Paragrafen.

Was macht häßlich und stumpf das Herz mehr als die Betrugung eines gefüllten Geldschranks oder die Schwinderei vor Paragrafen? Das ist wissenschaftlich noch nicht festgestellt, doch Doktorarbeiten befallen sich mit solchen Fragen nicht. Also wissen wir es nicht? Doch! Wir wissen es auch ohne wissenschaftliche Befähigung: Sie halten sich die Waage. Wenn Geld und Paragrafen gleich auf der Waage liegen, dann spielt das Jüngere ein. Sie sind vom gleichen Gewicht. Sie schämen sich gegenseitig, fällen sich, wenn die Waagen einmal schwanen weil der Sturm bläst. Der Wind wiegt nichts gegen diese zwei Gaben. Sein Blut nach weniger. Das haben wir im Kriege gelernt. Aber auch im Frieden haben wir es gelernt, es befähigt zu finden. Zuweilen in sehr drückender buschförmiger Form.

Vor einiger Zeit hat ein Arbeiter freiwillig Blut gespendet. Gewissenlos in die Waage gesetzt. Ein schwerertrunkener Junge von dreizehn Jahren konnte nur durch Bluttransfusion gerettet werden. Dieser Arbeiter — genauer gesagt: Arbeitslose — erbot sich, die nötigen 200 Gramm abzugeben. Wir wollen nicht, warum er sich dazu anbot, ob aus Altruismus, ob aus Hunger, ob aus einer Mischung dieser beiden menschlichen „Hilfungen“, jedenfalls tat er es. Dem Kinde war geholfen. Dem Arbeitslosen gab man 40 Mark. Das sind zwanzig Pfennig pro Gramm Blut. Oder hundert Mark für ein Liter. Wenn man den Menschen auf 30 Liter berechnet, dann kostet ein Mensch 3000 Mark nach diesem Tarif. Im Kriege, glaube ich, hat man nicht so viel einkalkuliert. Man sieht: Blut wiegt nicht viel vor dem Geld.

Aber, man möge es glauben oder nicht: vor dem Paragrafenstand noch es noch nicht weniger. Der Arbeitslose ging nämlich mit seinem gewaschenen und verdunstenden Arme nach Hause, legte sich ins Bett, schlief, und ging am andern Morgen wie gewöhnlich zum Stempeln. Nun hatte ihn zwar das Krankenhaus eine Bescheinigung gegeben, das er augenblicklich wegen seines lungenbedürftigen Armes nicht arbeitsfähig sei, aber er erklärte trotzdem, arbeiten zu wollen. Arbeit hatte das Arbeitsamt nicht; also hätte es ihm keine Unterfertigung geben sollen. Aber es hatte inzwischen erfahren, daß er sich im Krankenhaus für die Patientenzeitung „Welt“ verdient hatte, und sperrte ihm die Unterfertigung. Der Arbeiter meinte, das sei doch kein Verbrechen; er müßte sich, um den Vaterverlust weitzumachen, notwendig einige hochwertige Nahrungsmittel kaufen. Und man könne doch seine Berufschaff, mit seinem Blute ein sterbendes Kind zu retten, nicht mit der Sperre der Arbeitslosenunterfertigung betrauen. Das wäre doch eine für jeden Kulturmenschen unverzeihliche Härte. Mit Blut handelte man doch nicht. Und selbst wenn man es einmal aus Hunger käte, dann sei das höchst verzeihlicher Schritt, der auf die Barmherzigkeit von Arbeitslosenunterfertigungen ein so höchstes Wert und die kleinste Menge überflüssig, sondern höchstens unzulänglich erweisen sollte.

Er legte noch einander. Aber der Paragrafenstand fand da, ohne Herz und ohne Sinn, und deutete nur auf einen Paragrafen. Dann legte er den Paragrafen auf die Waage, das Blut des Arbeiters in die andere. Und da sprang die blutige Waage ganz hoch; das Blut war nichts, keine 200 Gramm, keine 10 Gramm, keine 10 Mark, keine 10 Pfennig, gar nichts. Der Arbeitslose mußte ohne Unterfertigung nach Hause gehen.

Und nun ist man doch wieder im Zweifel, was hier mehr macht: Paragrafen oder Geldsack. Obwohl man es doch schon zu wissen glaubte.

Ein Krankenfahrer geflohen. Geheuer wurde ein vor einem Hause am Hofmarkt aufgehalten älteres Krankenfahrer mit getriebenem Rad, aber neuen Manteln, gestohlen. Vor Anlauf wird gewarnt.

Verlängerung der Getränkesteuer.

Kurze Sitzung der Halberstädter Stadtverordneten. — Warum die Verlängerung der Getränkesteuer beschlossen werden mußte.

in Halberstadt, 3. März.

Die gestrige Sitzung der Stadtverordneten war nur von kurzer Dauer. Auf der Tagesordnung standen außer der Verlängerung der Getränkesteuer nur keine Vorlagen, deren Berücksichtigung ohne Aussetzung erforderte. Stadtverordneter Dr. Müller leitete zu Beginn der Sitzung mit, daß der Magistrat dem Beschluß der Stadtverordneten in der vorigen Sitzung wegen der Senkung des Wasserpreises nicht gefolgt sei, da nach seiner Auffassung eine Senkung des Wasserpreises mit Rücksicht auf die immer mehr steigenden Wasserverschlüsse nicht durchgeführt werden könne. Es folgte noch eine Antwort des Magistrats auf eine kommunifische Eingabe über Mißstände auf dem Grundbesitz der Herzerstraße 15. Aus finanziellen Gründen müßten verschiedene Forderungen, so die Erhaltung eines Spielplatzes, Milderung des Sommerwes, Herriedung ländlicher Wohnungen, abgelehnt werden. Zugelassen wurde, daß noch und nach der Befreiung der Grundstücke übernommen werden solle; ferner soll für die Kinder ein Sandstein aufgestellt werden.

Wahlen und kleine Vorlagen.

Zu Vertrauensmännern als Beisitzer des Ausschusses zur Wahl der Schöffen und Geschworenen für 1932 wurden die Stadtverordneten Knackstedt, Jakob und Wernig gewählt. Als Mitglieder für die Kreisbeamtenwahl wählte die Versammlung als Vertreter der Mitte Herr Sobie, Wolmann, Frau Oberbürgermeisterin, Frau Dannebaum und Frau. Die Ausschüsse stimmte die Stadtverordnetenversammlung der Zusammenlegung der Volksschulen zu. Wie berichtet bereits über diese Vorlage ausführlich, daß beide Schulen nunmehr unter der Leitung eines Direktors stehen sollen.

Von formaler Bedeutung war die Zustimmung der Stadtverordneten zu keinen Änderungen der Dringlichkeit über die Reinigung öffentlicher Wege und Plätze.

Es stand nun die Vorlage über

die Verlängerung der Getränkesteuer

zur Verhandlung. Genosse Schütte als Berichterstatter über die Verhandlungen im Ausschuss führte u. a. aus: Vor rund einem Jahr hat die Stadtverordnetenversammlung die Einführung der Getränkesteuer beschlossen. Dadurch ermöglichte der Regierungsrat unter dem 27. März 1931 für die Stadtverordnetenversammlung hat seine Zustimmung zunächst nur bis zum 31. März 1932 ausgesprochen. Die Berechtigung der Ausschüsse zur Einführung der Getränkesteuer sieht sich auf § 3 Abs. 2 des Gesetzes zur Durchführung der Gemeinde-Beiträge, Gemeinde-Getränkesteuer und Bürgersteuer vom 25. November 1930 in der Fassung des Landesgesetzes vom 25. März 1931 (Gesetzblatt S. 25). Hier ist festgesetzt, daß zum Ausgleich des Haushaltsplans die Einführung der Gemeinde-Beiträge für das Rechnungsjahr 1931 durch die Ausschüsse mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde erfolgen kann, wenn die Voraussetzungen der Notverordnung des Reichspräsidenten gegeben ist. Die Voraussetzungen, nämlich Befehl des Reichspräsidenten durch die Aufsichtsbehörden in außerordentlichem Umfang liegen jetzt in noch weit höherem Maße vor. Auch den zur Durchführung der Reichspräsidentenverordnung vom 12. 9. 31. er-

gangenen Bestimmungen vom 16. 9. 31 sind die Städte verpflichtet, von allen zum Ausgleich des Haushaltsplans zu Gebote stehenden Einnahmemöglichkeiten Gebrauch zu machen, ganz abgesehen davon, daß die vom Staat zu gewährenden Zuschüsse zu den Wasserverschlüssen abhän- glich sind von der vollen Ausschöpfung der den Gemeinden durch die Notverordnung des Reichspräsidenten erschlossenen Einnahmemöglichkeiten. Die Abhebung der Getränkesteuer würde daher den Wegfall der staatlichen Zuschüsse zur Frage haben. Die Stadtverwaltung ist also durch die Notverordnung gezwungen, alle Steuerquellen auszunutzen. Es liegt daher im Interesse der Halberstädter Bürger, wenn die Getränkesteuer in Halberstadt verlängert wird. Würde die Verlängerung von der Stadtverordnetenversammlung nicht beschlossen werden, so müßte damit gerechnet werden, daß die Zuschüsse zur Wasserverschlüssen in einer Höhe von etwa 500.000 Mark in Wegfall kämen. Das kann sich die Stadt Halberstadt bei der augenblicklichen Lage seiner Finanzen nicht erlauben, zumal es jetzt vor allem darauf ankommt, die Wasserverschlüsse weiterhin ungelöst zu unterhalten.

Stadt. 3. März (Wirtschaftspartei) erklärte, daß die Getränkesteuer daran schuld sei, daß jetzt die Wasserverschlüsse so leer ständen. Die Getränkesteuer sei nur eine Steuer zum Zweck der Hilfe, der Markt und der Keller. Sollten die Bedingungen des Beitrittsvertrages nicht aufrechten, dann sei beschließen, in Halberstadt den Bierpolitik einzuführen. Der Redner erklärte, daß er gegen die Verlängerung der Getränkesteuer stimmen würde.

Bürgermeister Dr. Bach wandte sich mit aller Schärfe gegen seinen Vordränger und sagte, daß Stadt. 3. März nicht als Stadtbürgermeister, sondern als Interessent gesprochen hätte. Die Stadt könne wegen der angelegten Finanzlage nicht auf die Getränkesteuer, die im letzten Jahre 35.000 Mark erbracht hätte, verzichten. Im übrigen seien die Angaben des Redners über die Höhe der Wasserverschlüsse nicht wegen der Getränkesteuer, sondern weil die Leute einfach kein Geld mehr haben.

Stadt. 3. März gab dann die Erklärung ab, daß die sozialdemokratische Fraktion nach wie vor Gegnerin dieser Steuer war, aber im Interesse der vielen Wasserverschlüssen, deren Unterfertigung unter allen Umständen voll gefördert werden müßte, stimme die Fraktion für die Verlängerung. Wegen der Aufrechterhaltung der Unterfertigungen für die Wasserverschlüssen müßte alles getan werden.

Stadt. Dr. Heine teilte mit, daß auch die Bürgeropposition trotz großer Bedenken der Vorlage zugestimmt. Nach einer kurzen Erklärung des Stadtrats Dittmer wurde die Vorlage angenommen.

Einigen kommunifischen Parteien — Besatz der Biersteuer ab 1. April; Austritt aus dem Mitteldeutschen Arbeitsverband; Abnahme der Arbeiter — wurde die Dringlichkeit verlagert. Sie werden erst in der nächsten Sitzung verhandelt.

In nächstfolgender Sitzung

werden Personalangelegenheiten erörtert. Es wurde auch der Übernahme von zwei Bürgerhäusern und der Berechtigung zu Gebäude zum Bau eines Rathauses für die Reichsmehrheit gestimmt.

Erwache!

Heber schmelzendem Schnee laßt die Sonne schon, lüch häufiger jubelt ein Vogelstern. In die Stundenfrist ist doch, als ich, der Frühling Hofst durch die Winternacht: D Mensch erwache!

Grün pfeift ein Gräschen, der Wind weht lau, über die Himmel, der graue Himmel wird blau, und die Kinder spielen um Laßen und Spiel, durch das Blut seltsame Sehnsucht löst... D Herz erwache!

Bruno Braun.

* Die süße Trommel. Ein Kaufmann hatte auf der Leipziger Markt einen Apparat gekauft, der „Die süße Trommel“ nennt. Es ist ein Apparat, der, nachdem man einige Regeln gestrichen und 20 Pfennige eingeworfen, durch die Trommel, die nicht es dabei nicht, man bekommt, je nach Luft, kleine oder große Partungen. Der Kaufmann hatte mehrere solcher „süßen Trommeln“ in Geschäftlichkeiten aufstellen lassen. Aber die Halberstädter Staatsanwaltschaft erließte darin ein verbotenes Glücksspiel und beschlagnahmte den Apparat. Außerdem hatte sich der Besitzer vor dem Halberstädter Schöffengericht zu verantworten. Es war bei der Konfiskation des Apparats nicht so einfach, zu entscheiden, ob hier ein Glücksspiel vorlag oder nicht. Das Gericht hielt nach eingehender Prüfung verbotene Auslegung für vorliegend und erkannte auf eine Geldstrafe von 3 Mark und Einziehung des Apparates.

* Diebstahl oder Verlehen? Als ein Soldat, der in den südlichen Werten zu tun hatte, wieder mit seinem neuen Raub, das er draußen stehen ließ, nach Hause fahren wollte, mußte er feststellen, daß es verschwunden war. An seine Stelle fand er eine alte Tretramchine vor.

* Ein geschwägiger Naßjüngling. Eine äußerst merkwürdige Verhandlung, in der sich ein junger Mann wegen verlorener Beteiligung zum Weinkel zu verantworten hatte, wurde vor dem Halberstädter Schöffengericht geführt. Die Verhandlung zeigte wieder einmal, wie leicht jemand durch Unvorsicht und geschäftliche Freundschaft in Unglück geführt werden kann. Der Angeklagte leitete mit seiner Frau in Ehebeziehung, die von beiden Seiten mit großer Heftigkeit geführt wurde. An diesem Prozeß wurde ein Freund von ihm, ein junger Freier, als Zeuge vernommen, der beteuerte, daß der Angeklagte verurteilt habe, ihn zu einer solchen Auslage zu beeinflussen. Der Richter gab die Sache sofort an die Staatsanwaltschaft und so mußte sich der junge Mann nun vor Gericht verantworten. Mit dieserartigen Geschichten ist durch den Zeuge, der ein frommer E.H.-Mann ist, wie der Angeklagte verurteilt wurde, auf ihn einzureden, ihn zu einer solchen Auslage zu beeinflussen. Aber die Sache klang doch gar zu merkwürdig. Wohl niemand im Saal schenkte diesen Erzählungen Glauben. Verdächtig war es, daß der Zeuge zum Beispiel dauernd mit der Frau des Angeklagten in Verbindung gestanden hat. Die ihn sogar über den Stand des Scheidungsprozesses dauernd unterrichtet. Auch sonst war manches verdächtig, so daß wieder der Staatsanwalt nach dem Gericht sich von einer Schuld überzeugen konnten und auf Freispruch erkannte. Die Wirkung des Urteils, daß der junge Mann keine bemerkt fache Auslage gemacht habe, sondern vielmehr durch die vielen Verwendungen, die er gehabt habe, irritiert worden, scheint uns nicht richtig zu sein. Es wäre vielmehr angebracht, dieser dunklen Geschichte auf den Grund zu gehen.

* Als höchster Freund hatte sich ein Volkshüter aus Egeln erweisen. Er hatte für einen Beschäftigten, mit dem er befreundet war, eine Biergast für die Biersteuer zu zahlen übernommen. Er hatte aber eine Rate von 20 Mark, trotzdem ihm der Freund das Geld gegeben hatte, nicht abbezahlt, sondern für sich gehalten. Um nachzuweisen, daß das Geld doch abbezahlt war, hatte er auch ein Postbuch gefüllt. Das hatte ihm nun eine Unlage wegen Urkundenfälschung und Unterfertigung eingebracht. Trotz seines Verlehenes konnte er seiner Schuld kein Zweifel bestehen. Er wurde deshalb zu einer Geldstrafe von 1 Jahr 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Nach Verhängung der Hälfte der Strafe soll eine Bewährungsfrist gewährt werden.

* Das alte Lied. Wieder einmal fand ein Arbeitsloser vor Gericht, der, weil er fürchtete, daß von ihm kein Inanspruchnahme von einem Tag abgezogen würde, weil er nicht rechtzeitig zum Stempeln gekommen war, die Stempeltaxe gefälligst hatte. Er gab die Tat zu und wurde zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Eine Bewährungsfrist wurde ihm gewährt.

Gewerkschaftliches Kampf um Arbeit.

Der Arbeiterkongress des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes tritt am Mittwoch, dem 23. März, in Berlin im Plenarsaal des Reichstages Reichstagsgebäude zusammen. Die Tagesordnung des Kongresses, dessen Zulassung nur durch vom Bundesauschuss beschlossen worden ist, umfaßt nur einen einzigen Punkt: die Notwendigkeit der Arbeitbeschaffung. Nach dem Beschluß des Bundesauschusses findet eine Neuwahl der Delegierten statt. Die Beratung der Delegation im Rahmen der Bundesauslegung ist den Verhandlungsständen überlassen.

Die Gewerkschaften geben also deutlich zu erkennen, daß sie nicht gewillt sind, die Frage der Arbeitbeschaffung von neuem auf die lange Zeit abzusehen zu lassen. Sie werden den von ihnen aufgenommenen Kampf um Arbeit um jeden Preis durchführen.

Die Arbeitbeschaffungsparole der freien Gewerkschaften lautet: Was hilft, ist gut! Der Arbeiterkongress tagt kurz vor Ostern. Die Arbeit soll aufrechterhalten!

Der Reichsverband angestellter Ärzte führt Klage darüber, daß an den Krankenhäusern noch immer etwa 300 bis 400 ausländische Hilfsärzte beschäftigt sind, während die Besetzung der Krankenhäuser durch einheimische Ärzte durch die neuen gesetzlichen Bestimmungen zugunsten, eine beträchtliche Zahl von Hilfsärzten durchgemacht, die sie für Kostenpreisen ausstellen können. — Wir sind gespannt darauf, was die Krankenhäuser zu diesem Vorwurf zu sagen haben.

Im ostoberschlesischen Bergbau sollen neue Stillelegungen erfolgen. Beim Gruben follen Ende März die Förderung einstellen, wodurch rund 11.000 Arbeiter und Angestellte arbeitslos werden. Auf anderen Gruben und in der Eisenindustrie sind umfangreiche Werkveränderungen eingeführt worden. Die Stillelegungen Chormen sollen in Kürze ihren letzten großen Ofen außer Betrieb legen.

Die Streiks in Polen. In über hundert polnischen Städten waren die Gemeindefunktionäre in den Streit getreten. Sie protestierten gegen die Abfertigung der Regierung, die Abfertigung der Gemeindefunktionäre herabzusetzen. Der Streik wird fortwährend durchgeführt.

Quedlinburgs Stadtväter beraten.

Quedlinburg, 3. März

Um 17 Uhr eröffnete Stadtvater Franzke die Sitzung. Er gab zur Kenntnis, daß das Eigentum der Molkereidirektion auf den Preussischen Staat übergegangen ist. Stadtvater Gen. Bielefeld hat sein Amt als unbesoldeter Stadtrat freiwillig abgetreten. Die Reichsrechnung wurde von der Verwaltung genehmigt. Dem Stadtrat wurde von dem Magistrat mitgeteilt, daß die Reichsrechnung der Brauereien ihren Saften geben. Ferner ist die Befreiung der Biersteuer wurde verweigert. Die Jagdverordnung wurde auf ein Jahr verlängert. Der Magistrat beantragt, eine neue Wertzuwachssteuerordnung zu genehmigen. Die neue Ordnung stimmt mit der Musterordnung des Landes überein. Es wurde ein Veräußerungsantrag gestellt. Stadtvater Gen. Behrens wandte sich dagegen, denn wir kommen um die Annahme der Steuerordnung doch nicht herum. Die Veräußerung wurde mit den Stimmen der Einzelstimme und Majorität beschlossen.

Einfach zu einer Ermäßigung der Stromtarife gab der in der letzten Stadtverordnetenversammlung eingetragene Antrag, dem der Magistrat in der vorgeschlagenen Form nicht beitreten konnte. Eine allgemeine Senkung der Strompreise könnte nur dann eintreten, wenn die vorgesehene Stadtabgabe um einen größeren Betrag herabgesetzt werden würde — umfomehr, als in diesem Jahre infolge des Verbrauchsrückgangs bereits ein Einnahmehausfall von 65 000 M entstehen wird. Es soll deshalb nur eine Senkung der Mehrheitsrate erfolgen, um dadurch den Rückgang im Verbrauch aufzuhalten; ebenso soll den Dreistromabnehmern entgegengekommen werden durch Senkung der Grundgebühr für den Anschlußwert, und die Zählergebühr für Gleichstromkraft-Abnehmer soll bei geringer Entnahme gemildert werden. Gleichzeitig wäre es wünschenswert, um die Abnehmer desto schneller in den Genuß der Ermäßigungen zu bringen, bei Preisfestsetzungen innerhalb des vorgelagerten Tarifbauprogramms von einer jebesmaligen besonderen Beschlußfassung beider städtischen Körperschaften abzusehen und den Magistrat zur enghätigen Entscheidung zu ermächtigen.

Der Verwaltungsrat der Städtischen Werke hat daher in seiner Sitzung vom 17. Februar 1932 folgenden Beschluß gefaßt:

Zur Steigerung des Stromabgabes werden folgende Tarifänderungen mit erstmaliger Wirkung für den Märzverbrauch 1932 beschließen:

a) Die bisherigen Grundgebühren für Wohnungen von 1.50 M für 1 Zimmer ufo. bis 13.— M für 10 Zimmer werden ermäßigt auf:

- 1.20 M für 1 Zimmer
- 1.70 M für 2 Zimmer
- 2.60 M für 3 Zimmer
- 3.80 M für 4 Zimmer
- 5.— M für 5 Zimmer
- 6.30 M für 6 Zimmer
- 7.60 M für 7 Zimmer
- 9.— M für 8 Zimmer
- 10.50 M für 9 Zimmer
- 12.— M für 10 Zimmer

jedes weitere Zimmer von 2.— M auf 1.50 M.

b) Die bisherigen aus dem Verbrauch errechneten Grundgebühren für gewerbliche Lichtverbraucher werden gemäß dem Vortage des Herrn Direktor Schlie erneut um rund 12% herabgesetzt.

c) Die Grundgebühr für Dreistromabnehmer wird in der ersten Staffel von 6.— M auf 5.50 M je Monat und Kilowatt-Anschlußwert herabgesetzt.

d) Bei Gleichstromkraft-Verbrauchern mit 3. kl. geringen Entnahme soll die Zählergebühr nicht mehr als 5 J je Monat im Monat betragen.

e) Es soll beantragt werden, die Stadtverordneten-Versammlung soll den Magistrat ermächtigen, weitere Preisfestsetzungen selbstständig vornehmen zu können.

Ueber diesen Antrag entspann sich eine sehr ausgelebte Debatte. Stadtvater Gen. Hartung bemerkte, daß die Preise für Kleinverbraucher unbedingt gesenkt werden müßten. Bei 3 kWh Verbrauch zahlt der Verbraucher 1.50 M und 50 J Zählermiete, also 66% J für die Kilowattstunde. Bei der enorm gestiegenen Kaufkraft, hervorgerufen durch Währungs an Lohn und Gehalt um 25-30 Prozent Währungs, müßte unbedingt eine Ermäßigung für Gas und Strom eintreten. Dir. Schlie führte aus, daß sich die Herabsetzung von drei Preisklassen nicht trennen lasse. 1. Die Werte haben durch den Anstieg der Strompreise von rund 400 000 M. 2. Die Werte haben durch Beschluß der städtischen Körperschaften eine Stadtabgabe von rund 400 000 M im Jahre zu leisten. 3. Stromausfall und Gasabnahmehinterziehung bringen einen Einnahmehausfall.

Bürgermeister Bölsig führt aus, wenn sie die Stadtabgabe herabsetzen wollen, dann müssen sie andere Deckung für die Ausgaben beschließen. Hierauf sprachen die Stadtvater, Laus, Freitag, Stadtvater Gen. Behrens für die Gebührententung. Stadtvater Gen. Hartung führte aus, daß nicht immer die Versorgung der Waghäuserempfänger als Schwerepunkt hingestellt werden möge. Es muß Gelegenheit geschaffen werden, die Tarife zu ermäßigen, so weit es die armen Leute betrifft. Man muß nur ernstlich wollen. Dir. Schlie führt aus, daß die Kleinverbraucher bei 50 J Automatenstrom schon die Zählermiete ersparen. Nach weiterer Aussprache wurde die Magistratsvorlage einstimmig angenommen. Ebenfalls der Zusatzantrag, die Gaspreise um 2 J und den Strompreis um 5 J senken. Die Ermächtigung für den Magistrat wurde abgelehnt.

Eine Anfrage wegen der Abrechnung von den Hochwasser-schäden wurde vom Bürgermeister dahin beantwortet, daß die Abrechnung dem Rechnungsprüfungsamt vorliegt.

Nun kam ein Antrag der Einzelstimme, die Ausgaben der Berufsschule um 30 Prozent zu senken gegenüber dem Jahre 1931. Ferner die Hausangestellten von der Berufsschule zu befreien. Stadtvater Chop begründete den Antrag, er hätte gern den weichen Grund angegeben können. Jedemfalls wird es den Hausfrauen, welche den Wunsch nach Aufhebung ausgesprochen haben, tunlich, an einem einzigen Tage in der Woche mal den Kaffee selber zu kochen.

Der Deputierter der Berufsschule, Stadtrat Groß, führte aus, daß er im Namen des Magistrats erst zum zweiten Teil des Antrages und zum Antrag Schindler und Freitag Stellung nehmen wolle. Der Schulvorstand der gewerblichen Berufsschule und der Magistrat haben sich mit den beiden Anträgen der letzten Stadtvater-Sitzung beschäftigt und festgestellt, daß bei Wegfall des Schulbesuches der Hausangestellten eine Ersparnis nicht eintreten würde. In diesem Falle würden die Gemeinderäte noch über 900 M mehr aufzubringen haben. Deshalb hätten Schulvorstand und Magistrat beschlossen, den Stadtverordneten zu empfehlen, die Schulpflicht der Hausangestellten beizubehalten. Die Ausgaben für die Berufsschule seien im neuen Etat um rund 30 Prozent gesenkt und zwar von 100 000 M auf 70 000 M, deshalb erübrige sich dieser Antrag.

Stadtvater Gen. Schuchardt führte aus, daß durch die vorgeschlagene Kürzung der Ausgaben nicht wenig über seine Parteifreunde in Quedlinburg wüßten. Stadtvater Chop sprach für Herausnahme der Hausangestellten. Die Stadtverordneten, Genossen Gerhardt, legte sich sehr warm für die Beibehaltung des Unterrichts für die Hausangestellten ein. Dieser Unterricht, wie er bei der Einrichtung der Schule möglich sei, komme auch den Hausfrauen zugute. Die Stadtverordneten hätten sich bei der Beschäftigung doch überzeugen können über die Zweckmäßigkeit der Einrichtung. Mit 16 Stimmen der beiden Fraktionen gegen 13 Stimmen der Sozialdemokraten, der Mittelstimme und der Kommunisten wurden beide Anträge angenommen.

Dann erfolgte der Angelegenheit gegen die Oberrealschule. Nach längerer Aussprache stellte Genosse Gerloff einen Schlußantrag. Auf Antrag Schäfer wurde die Angelegenheit vertagt. Gegen 20 1/2 Uhr war die Sitzung nach fast vierstündiger Dauer beendet.

Kreis Quedlinburg

Hederleben, 1. März. Die heiligen erwerbslosen Jugendlichen waren zu einer Besprechung in der vergangenen Woche im städtischen Gasthof eingeladen. In dieser Besprechung war der Kreisjugendleiter Genosse vom Kreisjugendrat in Quedlinburg erschienen, um auf Veranlassung des Arbeitsamtes den Jugendlichen unter 21 Jahren die Arbeitsbeschaffung in diesem Jahre klarzulegen. Es hatten sich ca. 45 Jugendliche eingefunden. Herr Beele führte zuerst an, daß es wohl ausrichtig sei, daß die Jugendlichen verschiedener Berufe wieder in ihrem eigentlichen Berufsstande Beschäftigung erlangen. Die Unterbringung dieser Leute einzeln und allein nur in der Landwirtschaft. Der Kreisjugendpfleger ging dann zu der Frage über, womit sich die Jugendlichen leicht trotz ihrer Arbeitslosigkeit beschäftigen. Vor allen Dingen sollte man seinen Eltern im eigenen Hausbau zuerst behilflich sein. Damit der erwerbslose Jugendliche auch Sport betreiben kann, empfiehlt er, sich einem Jugendverein anzuschließen. Hierbei soll aber auch auf Wanderungen Bedacht genommen werden. Auch sei die Einrichtung von Unterhaltungsstunden angebracht. Schließlich sollten sie die städtische Bibliothek benutzen, da die Einrichtung für Erwerbslose kostenlos geschieht. Nach dem Vortrage folgten Besprechungsarbeiten.

Hederleben, 2. März. Die Wählerliste zu am 13. März, stattfindenden Reichspräsidentenwahl feiert werttag während der Dienststunden und am kommenden Sonntag in der Zeit von 11 bis 12 Uhr vormittags im städtischen Gemeindebüro öffentlich zur Einsicht liegt.

Wen bevorzugen wir in Quedlinburg?

Wichtig für spar-same Brautleute

Herrliche Schlafzimmern mit groß. dreif. Spiegelschrank 325 Mk.

Hochmodern. Schlafzimmern echt ein. gr. Spiegelschrank 120 breit, vollst. komplett 425 Mk.

Sehr appetit. mod. Speise-zimmer, Büffet, 100 breit, mit herrlichem Vitrinen-aufsatz kompl. 385 Mk.

Küche 100 und 180 Mk. — 10 Jahre Garantie — M. Jentzsch, Quedlinburg

Stumpfenbergstr. 4 Freie Lieferung Abholung im Auto.



Unerschütter-t
wie ein Fels im Meer
sehen die deutschen Sparkassen. Es ist kein Grund vorhanden zur Beunruhigung — habt Vertrauen und wart weiter bei den

Sämtliche Drucksachen

für Vereine

- schnell
- gut
- billig

Druckerei Halberstädter Tageblatt

Kreis-Sparkasse zu Quedlinburg

Alltägliche Hinterlegungsstelle für Münzgelber

Geöffnet von 8—12 1/2 und von 16—11 Uhr — Sonnabends nachmittags geschlossen

Georg Streubel

Architekt W. D. A. Am heiligen Brunnen 5

Bauprojekte .. Bauberatung Bauleitung, Kollenvoran-schläge Statilche Berechnungen Gelände- und Grundstücks-Schätzungen

Otto Helwing

geprüfter Orthopädie-Mechaniker und Bandagenmeister

Helligkeitstraße 29 Fernsprecher 806

Bandagen Kunstglieder

Orthopäd. Apparate Krankenkfl. - Artikel

Quedlinburger Bauergesellschaft m. b. H.

Hardenbergstraße 2

* Ausführung sämtl. Maurer- und Zimmerer-Arbeiten

Spezialität: Treppenbau

SPARE

bei den öffentlichen Sparkassen!

Sie sind mündelstet! Sie sind für Ihre Gemeinden (Bew. für Sie hatten Ihre Gemeinden (Bew. Gemeindevorstände) unerschütterliche treiben vorzügliche Geschäftspolitik zum Nutzen der Kleinwirtschaft

Sie fördern die heimische Wirtschaft Beweis der gemeinnützigen und sozialen Tätigkeit der deutschen öffentlichen Sparkassen

Ende 1930 11,8 Milliarden Gesamtanlagen Ende 1930 betragen Ihre Kredite für Wohnungsbau und Realredit 3,8 Milliarden Handel und Gewerbe 2,5 Milliarden Landwirtschaft 1,49 Milliarden

Sparen nützt dem Einzelnen und dem Volke

Stadt-Sparkasse zu Quedlinburg



Pflicht unserer Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder sowie Siedlungsgenossenschaften ist es, die vorstehenden Firmen in allererster Linie zu berücksichtigen und Ihrem Bekanntheitskreis nachdrücklich zu empfehlen.

Fritz Kaufmann

Hallestraße 18 Fernruf 802

Mineralwasser-Fabrik Bier-Abfüllung

Max Ponzet

Steinbrücke 9 Fernruf

Sanitäre Artikel

Parfümerie- und Toilette-Artikel Gummi-Waren

Lieferant der Krankenkassen

